

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitung-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Gebüh- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprach-Anschluss: Amt I, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 30. Juni 1892.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Zum Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Genosse und vor allem jeder Berliner Genosse muß es als seine Pflicht betrachten, das Zentralorgan seiner Partei zu halten. Die Unterstützung der gegnerischen, auch der sogenannten parteilosen Presse heißt im Kampfe dem eigenen Feinde die Munition liefern.

Auf unsern Feuilleton-Teil wird besondere Sorgfalt verwandt werden. Außer einem Roman aus dem Französischen:

Schlagende Wetter,

das Leben, Ringen und Sterben des Bergmanns schildernd werden wir unter andern auch den trefflichen Roman:

„Die Waffen nieder“, von Frau von Suttner, unseren Lesern vorsehen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitung-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig (mehrere Tage vor Quartalschluß) anzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Deutsche Reichs- und Preussische Staats-Anzeiger“ soeben eine längere Mittheilung, die mit folgendem Satze anhebt: „In den soeben erschienenen, schon in Nr. 142 des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ an dieser Stelle erwähnten Jahresberichten der Königlich preussischen Regierungs- und

Gewerberäthe und Bergbehörden für 1891“ ist den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter ein breiter Raum gewidmet. Und nun folgt beinahe eine ganze Zeitungspalte von Notizen aus den preussischen Fabrikinspektions-Berichten, die im Zusammenhang mit der oben wiedergegebenen Einleitung bei dem unkundigen Leser den Eindruck hervorrufen müssen: damit ist im Auszuge ungefähr dasjenige erschöpft, was die preussischen Aufsichtsbeamten über die Wohnverhältnisse der Arbeiter im Jahre 1891 zu berichten gehabt haben.

Nun waren wir beim Erscheinen des „Reichs-Anzeiger“-Artikels gerade auch damit beschäftigt, die neuen Inspektionsberichte einer Durchsicht zu unterziehen. Wer diese Berichte und ihre Verfasser schon länger kennt, weiß auch, wie mager sie bei der mechanischen und oberflächlichen Art der preussischen Inspektion an Beobachtungen aus dem wirklichen Arbeiterleben sind. Sie können in keiner Beziehung auch die neuesten nicht, die von einem um mehr als 30 Köpfe vermehrten Beamtenspersonal stammen, als erschöpfende Quellen für die Kenntniss von den Existenzbedingungen der preussischen Arbeiter gelten. Die Wohnungsverhältnisse der Fabrikarbeiter vollends werden von den Inspektoren nur nebenbei beobachtet; was darüber in ihre amtlichen Berichte übergeht, ist mehr oder weniger Material, das den Beamten zufällig auffällt. Aber wie nun dieses lächerliche Material im „Reichs-Anzeiger“, im offiziellen Organ unserer höchsten Behörden, tendenziös verarbeitet und mitgetheilt ist, das beweist, wie wir uns durch näheres Zusehen überzeugten, alle Vergriffe. Gehen wir den „Reichs-Anzeiger“-Artikel an der Hand der amtlichen Berichte einmal ganz kurz durch!

Aus Ost- und Westpreußen werden einige ungünstige Stellen des Berichts des dortigen Inspektors mitgetheilt, aber mit gewaltsamen Amputationen. Gestrichen ist der einleitende Satz des Beamten, daß „bei solch gedrängter wirtschaftlicher Lage die Wohnungsverhältnisse kein besseres, wohl aber häufig ein schlechteres Bild zeigen, da bei nothwendig werdenden Einschränkungen der Haushaltungskosten nicht zum wenigsten an den Ausgaben für Wohnungsmiethe gespart zu werden pflegt.“ Gestrichen ist aus der Mittheilung über die elenden Schlafstellen der Ziegelei-Arbeiter im Artikel des „Reichs-Anzeigers“ die Angabe des Inspektors: „Aus Strohlagern bestehend, waren sie mehrmals in so lustigen Schuppen untergebracht, daß die auf ihnen ruhenden Arbeiter in kühlen windigen Nächten Gefahr laufen mußten, Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen.“ Verschwiegen ist das skandalöse Faktum, daß der Beamte in der Ringofen-Ziegelei eines großen, wahrscheinlich junkerlichen Gutes die Schlafstelle eines 15jährigen Mädchens (!) auf dem Ringofen selbst, in ranchiger Atmosphäre und in unmittelbarer Nähe der Arbeiter-Schlafstätten hergerichtet fand. Aus der Schilderung des Beamten für Frankfurt a. O. und Potsdam, welche die grauenhaften Zustände in den

zu Fabrikbetrieben gehörigen Arbeiterkasernen betrifft, sind folgende Sätze gestrichen: „in anderen (Kasernen) schließen zwei Personen in einem ungetheilten Bette, während in solchen Kasernen, in welchen sich die Schlafstätten auf den Bodenräumen unmittelbar unter ungeheizten Dächern befinden, von den dort untergebrachten Arbeitern vielfach über deren Undichtigkeit geklagt wurde. In manchen Kasernen waren die Fußböden sehr mangelhaft, so daß sich unter ihnen mit der Zeit eine förmliche Ablagestelle für Rehricht gebildet hatte.“ Ganz todgeschwiegen sind die beinahe gleichlautenden Aeusserungen des Inspektors für Posen (S. 70/71 des Berichtsbandes). Ebenfalls mit vollständiger Stillschweigen übergegangen ist die Berichtsstelle über den Bezirk Merseburg-Erfurt, nach welcher sich „immer noch Unterkunftsräume finden, welche auch den geringsten Anforderungen nicht entsprechen“, ein Urtheil, das durch haarsträubende Einzelheiten drastisch belegt ist (S. 149). Aus der Provinz Hannover wird irgend eine „Wohlfahrtseinrichtung“ irgend eines Hüttenunternehmers breit-spurig mitgetheilt; kein Platz war aber im Artikel des „Reichs-Anzeigers“ für folgende zwei Zeilen aus dem Bericht über denselben Bezirk: „Die Beschäftigung von Ziegeleien wurde mehrfach Veranlassung, eine Besserung der Wohn- und Schlafräume für die Ziegelarbeiter zu fordern.“ Aus dem Bezirke Arnberg werden die packenden Einzelheiten über die Wohnungsverhältnisse dortiger Arbeiter, die der Inspektor sehr sorgfältig erhoben hat und die erst den richtigen Begriff von der herrschenden Misere geben, ebenfalls mit keinem Worte gestreift. „Gemeinnützige“ Spielereien, die in den Regierungsbezirken Köln und Koblenz von Privaten und Städten gepflegt werden, finden Erwähnung, nicht aber der vielfachige Sach aus dem Inspektoratsbericht, der unmittelbar neben der Erwähnung jener „Wohlfahrtseinrichtungen“ steht: „Die Wohn- und Schlafräume für Arbeiter der Ringofen-Ziegeleien bei Koblenz entsprechen nicht den im Interesse der Gesundheit der Leute zu stellenden Anforderungen, da die Höhe der Räume zu niedrig bemessen ist, die Schlafräume keine Lüftungseinrichtungen haben und die Betten durchgängig für zwei Mann bestimmt sind.“

Nach demselben tendenziösen Schema unter alleiniger Hervorhebung der Wohlfahrtseinrichtungen und unter geistlicher Verschweigung einer sehr ungünstig lautenden Berichtsstelle über die Unterkunftsräume der Ziegelei-Arbeiter, wird bezüglich des Bezirkes Düsseldorf verfahren. Noch radikaler geht der Artikelschreiber des „Reichs-Anzeigers“ mit Bezug auf Aachen und Trier vor. Diesen Bezirk überschlägt er ganz und doch sagt auch hier der Inspektor, daß „man im Bezirke Aachen noch häufig und leider auch in den ganz neu errichteten Anlagen die Betten als doppelschlürige eingerichtet vorfindet. Aus gesundheitlichen und anderen Gründen sollten die zweischlürigen Betten gänzlich verworfen werden.“ Diese Proben, die sich vermuthlich um das Doppelte vermehren lassen, wenn man sich besondere Mühe giebt, mögen

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(150)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern von A. Otto Walster.

„Nun, da hört wirklich Alles auf,“ rief Frank. „Seit 27 Jahren wird von diesem Lokal aus in die Lotterie gesetzt, und außer 8 bis 9 kleinen Treffern gab es nichts Anderes, als immer Nieten. Ich lasse mich heute aus Ansehen für die Dauer eines Tages, wie ich mir vorgenommen, hersehen, und gewinne 12 000 Thaler. Das ist bei meinem vielen Pech nun wirklich vor meinem Ende. Ich bin überzeugt, daß mich daraufhin beim Fortgehen in der nächsten Straße ein Fiegel vom Dache todtschlägt. Aber, Herr Musselich, ich heirathe Ihre Tochter dennoch. Und angesichts dieses willkürlichen Spiels des Zufalls sage ich abermals und abermals, die blödsinnige Einrichtung mit dem Gelde muß abgeschafft werden.“

„Wenn die Herren vielleicht schon heute eine kleine Summe zur Feier des freudigen Ereignisses zu haben wünschen, siehe ich gern mit einer kleinen Abschlagszahlung zur Verfügung,“ bemerkte der Kollekteur verbindlich.

„Werden wir nicht haben nöthig,“ erklärte Levo, „werde selber siehn zu Gebote mit 200 Thaler, mit tausend oder zweitausend, ganz ohne Zinsen, wie Sie befehlen.“

„Nun, dann, Herr Meyer,“ rief Frank, „haben Sie die Güte und schicken Sie uns ein solides Abendessen herauf. Alles, was Sie nur Gutes vorfinden; dazu so viel Chateaux Margaux, als Sie glauben, daß fünf Mann brauchen, um die Nacht durchzutrinken; ferner fünf Flaschen Champagner, zehn Loth gebrannten Kaffee und sechs Gäringe für den Kagenhammer morgen früh. Das Alles in eine Kiste, die mit der Aufschrift: „die Sachen von Herrn Frank“ abgegeben werden muß. Punkt 10 Uhr morgen früh schicken Sie uns fünf zweispännige Wagen mit Dienern hintenaus, damit die Wechselarrestanten standesgemäß ansfahren können. Binnen Kurzem wird der ganze Schwindel so wie so gefehlich abgeschafft sein, und es ist gut, wenn die Leute über dieses Institut einstmals eine möglichst gute Nachrede führen können. Wollen Sie das pünktlich besorgen, so sollen Sie bei dem Volksfeste, welches wir heute über 14 Tage, dem Tage meiner Hochzeit, wenn Sie nichts dagegen haben, Herr Musselich, in Hasselbach und Bleichungen feiern werden, als Gast des Komitees gehalten werden.“

„Ich werde Alles pünktlich ausführen, meine Herren,“ versicherte der Kollekteur und eilte von dannen. „Und nun, meine Herren,“ rief Frank, „sagen Sie mir: was werden Sie, besetzt von dieser Stätte der Klage, die bald nicht mehr sein wird, weil die Abschaffung der Schulhaft der erste und nothwendigste Schritt zu humaneren, vernünftigeren und sittlicheren Zuständen sein wird, beginnen? Wer's nicht sagen will, braucht's nicht zu sagen, das versteht sich von selber, und mit dem sind wir dann auch fertig.“

„Wenn Herr Mensch als der Erbe von Herrn Seiden-spinner will anssehen für mich und verhängen 400 Thaler jährlich, so lange ich lebe, will ich geben das Geld für

die Unterstützung Ihrer Genossenschaft, so wahr mir Gott helfe, weil ich schon lange daran gedacht habe, etwas zu thun für die Gemeinde der Menschen.“

„Schön, Herr Levo, und Ihr Lebensabend wird Ihnen dadurch nur um so friedlicher und tröstlicher erscheinen, was übrigens unser Volksstaat auch Ihnen in Aussicht stellt, die das Resultat ihres Lebens in keiner landesüblichen Münze zum Ausdruck zu bringen vermögen. Wenn Sie sonst Lust haben, etwas Nützliches zu thun, so können Sie Herrn Mandel im Konsumverein unterstützen, weil der jetzt alle Hände voll zu thun hat. Und Sie, Herr Musselich?“

„Ich will, wenn meine Schulden bezahlt sind und ich eine Buchhalterstelle bekommen kann, das Uebrige, was mir bleibt, dem Genossenschafts-Geschäfte leihen, und zwar zu den üblichen Zinsen,“ erklärte dieser.

„Und mit der Heirath sind Sie einverstanden?“

„Ich habe Ihnen doch mein Jawort schon gegeben, und außerdem thut meine Fanny doch was sie will.“

„Schön, schön, und Sie Herr Sommer?“

„Ich bin bereits Genosse und bleibe es mit Allem, was ich kann, habe und noch bekommen werde.“

„Ganz vortrefflich; und nun bleiben nur Sie noch, Herr Molinaro?“

„Werde ich denn bei Ihrer Genossenschaft auch ein Plätzchen finden können?“

„Bei unserm Genossenschafts-Theater ganz unbedingt.“

„Nun, dann versagen Sie über mich; ich stehe mit meiner Person und dem, was ich besitze, zu Ihrer Verfügung.“

„Denn wer den Besten seiner Zeit genug Gethan, der hat gelebt für alle Zeiten!“

genügen. Sie veranschaulichen bereits zur Genüge, in welcher tendenziösen, schönfärbereichen Manier das Organ unserer höchsten Reichsbehörden die an und für sich schon sehr lächerlichen Angaben der preussischen Fabrikinspektoren über einen so wichtigen Gegenstand, wie ihn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter bilden, „verarbeitet“. Da betheuert man auf der einen Seite, daß man der Wohnungsfrage ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden, und einer der Minister der neupreussischen Aera, Miquel, will ja ein gewiegter „Spezialist“ in diesem Fache sein; und auf der anderen Seite hat man nicht allein nicht den Muth, auch nur der ungeheueren Ausdehnung des Uebels gerade in's Auge zu schauen, sondern man fälscht auch noch das Bild, das man für die große Masse der Leser in einer offiziellen Wiedergabe hinstellt. Und diese gefälschte Wiedergabe wird meistens von der Mehrzahl der bürgerlichen Blätter kritiklos abgeklatscht; sie ist es wahrscheinlich schon mehrfach, während diese Zeilen geschrieben werden. Solche Vorurtheile werfen ein eigenthümliches Licht auf die Fähigkeiten und den „guten Willen“ der leitenden Kreise, über die sich der Arbeiter sein Urtheil freilich längst gebildet hat. Jedenfalls sind sie unwürdig eines Blattes wie des „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeigers“, der das „vornehme“ Organ der obersten deutschen Behörden sein will.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Juni.

Die Wadelskrämpfe. In der „Freisinnigen Zeitung“ lesen wir heute mit Bezug auf die offiziellen Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die letzten Bier-, Wein- und Schnapsreden des Grafen von Caprivi:

Wir haben den vorerwähnten offiziellen Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in den Artikeln vom Dienstag Abend von unserem Standpunkt aus nichts hinzuzufügen. Es ist die einfache Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, welche hier ihre sittliche Entrüstung kundgibt über die frivolsten und unwahren Angriffe des früheren Reichskanzlers auf die deutsche Regierung vor dem Auslande. Die sachlichen Darlegungen der offiziellen Artikel treffen in der Hauptsache zusammen mit unserer eigenen Kritik, welche wir schon in der Sonntagnummer („Greisenschaft Schwachheit“) dem Fürsten Bismarck haben zu Theil werden lassen.

Soweit unsere Kenntniss reicht, sind es allein freisinnige Blätter gewesen, welche sofort in entschiedener und bestimmter Weise den Angriffen des Fürsten Bismarck auf die deutsche Regierung vor dem Auslande derart entgegengetreten sind. — Wer hätte vor 8 Jahren solches noch voraussetzen können? Die „Freisinnige Zeitung“ als Verteidigerin der deutschen Regierung gegen frivole Angriffe des Fürsten Bismarck. Wir unsererseits glauben auch hierin nur der politischen Wahrheit und Ehrlichkeit den schuldigen Dienst geleistet zu haben.

Die Abwehr der Regierung gegen den Fürsten Bismarck aber muß in ganz Deutschland bei allen Denjenigen lauten Beifall finden, welche sich noch ein gerechtes politisches Urtheil bewahrt und nicht gleich den Konservativen und National-Liberalen in Dresden, München und Augsburg im blinden und blindem Bismarckkultus ihren politischen Verstand völlig eingebüßt haben.

Das gesperrte Gedruckte ist auch im Original gesperrt.

Also „die freisinnigen Blätter allein“ sind den Angriffen der schwereladenen „Maketentiste“ entgegen-, und für die jetzige Regierung eingetreten. Wenn Herr von Caprivi jetzt kein Einsehen hat und Herrn Eugen Richter nicht an die Spitze der Reichsfinanzen stellt, dann ist er wirklich ein unbankbarer Mann! Die bedientenhafte Aufdringlichkeit, die sich in vorstehender Notiz kund thut, wird noch widerlicher durch ihre Unwahrheit. Es ist nicht wahr, daß „die freisinnige Presse allein“ den Bismarckrummel gegeistelt habe. Sie hat ihn nicht einmal in ihrer Gesamtheit gegeistelt. Das einflussreichste Organ des Deutschfreisinn, die „Vossische Zeitung“, hat im Gegentheil, mit den National-Liberalen um die Wette, vor dem abgetakelten „Hausmeier“ Bauchertruderei getrieben, und den Bismarckrummel wiederholt als einen „Triumphzug des Altreichskanzlers“ hingestellt.

Aber meinen „Sommerwachtstraum“ sehen Sie doch heute Abend noch an?

„Er ist wohl abgekürzt?“

Nach den Bedingungen meiner Bühne, etwa um die Hälfte.“

Wie würden ihn ansehen, und wenn er noch länger wäre. Aber, meine Herren, Herr Levy hat eben verschwenderischer Weise dem Kollektor über 600 Thaler in denbeutel gejagt, lassen Sie uns doch auch Derer gedenken, die vielleicht noch nach uns in diesen Räumen weilen müssen, bis wir dieses Gespenst der Barbarei aus dem Staate gejagt haben und diese Räume, bis sie gänzlich von der Oberfläche einer freizewordenen Erde verschwunden sein werden, an unvald und unterstützungsbedürftig gewordene Arbeiter als Freiwohnungen abgegeben werden können. Es bleiben uns aber die zur Vertheilung kommende runde Summe von 60 000 Thalern noch etwa 1400 übrig, welche wohl genügen werden, um jeden Sonntag und Feiertag ein Faß gutes Bier nebst entsprechendem Imbiss herauf zu schicken. Diese Stiftung bleibt natürlich geheim. Will Jemand noch etwas Besonderes thun, so thue er's. Ich meinerseits werde auf meine Kosten die Wände weissen und malen, den „Rosengarten“ wirklich mit Blumentöpfen versehen und zweckmäßigere Dosen setzen lassen, Dösen mit Kochmaschine, damit so ein armer Jubastat und späterer Internat sich gelegentlich auch etwas Anderes um billiges Geld kochen oder wärmen kann.“

Und ich werde eine kleine Bibliothek stiften,“ erklärte der Lieutenant.

„Ich hinterlasse mein Theater mit Anweisung und Repertoire, den Triangel und die Stücke, Noten und zwanzig Thaler jährlich für Beleuchtung,“ versicherte der Mime.

„Ich werde stiften zwanzig neue Matratzen mit Decken und Kopfkissen und zwei Dugend Bettlächer und Uebergüge für Kopfkissen und Decken.“

„Bravo, Herr Levy!“ rief Frank.

„Und Sie, verehrter Herr Schwiegervater?“

„Machen Sie einen Vorschlag, Herr Frank; aber nicht

Ebenso unwahr ist es, daß allein deutschfreisinnige Blätter den hochhohen Salbadereien Bismarck's entgegengetreten seien. Die Zentrumsorgane haben das weit energischer gethan, und sind auch bei dieser Gelegenheit früher aufgestanden, als Herr Eugen Richter.

Von der sozialdemokratischen Presse, die, gleich der katholischen, eine ungleich größere Bezugszahl repräsentirt, als die freisinnige (auch wenn diese einzig wäre), wollen wir hier nicht reden. Für uns sind die jüngsten Vorkommnisse Dinge, die Jedem, mit den Personen und Verhältnissen nur einigermaßen Vertrauten, selbstverständlich erscheinen müssen. Wir haben von Bismarck nie eine höhere oder niedrigere Meinung gehabt als jetzt, er hat uns nie „imponirt“; wir haben ihn nie für einen außerordentlichen Menschen gehalten, sondern wie Napoleon III. und ähnliche Leute, für die Kreatur des an sich verzweifenden Kapitalismus, der auf Genie, Staatsmannskunst, Prinzipien, Zivilisation, kurz auf alles „Ideale“ pfeift, und bloß einen unstruppigen Landolbnacht-Häuptling braucht, der jeden Gegner des Kapitalismus brutal niederschlägt und das Raubgeschäft mit starker und kundiger Hand schließt und fördert. Ob der Mann Bismarck, Bonaparte oder Hinz und Kunz heißt, ist gleichgültig. Für ihr Geld bekommt die Bourgeoisie geeignete Persönlichkeiten zu Tugend — sie selber züchtet sie ja, wie sie die Napachol und Genossen züchtet, deren Jwillingsbrüder diese sogenannten Gesellschaftsretter und „Säcularmenschen“ sind. Daß Bismarck nach seinem Sturz nicht aufhören werde, der Vertrauensmann des Kapitalismus zu sein, war von dem Augenblick an sicher, wo die neue Regierung, trotz des alten Kurzes, den Baare und Konferten auf den Pelz rühte; und daß er die Rolle des Vertrauensmannes noch fortspielen und sich zum Oppositions-chef, ja Rebellenchef machen werde, war sicher von dem Augenblicke an, wo es feststand, daß die neue Regierung ihn schonte. Bismarck ist einer jener Gewaltmenschen, die vor der überlegenen und entschlossenen Gewalt sich lammtromm duden, jede Nichtanwendung der Gewalt aber als Schwäche auffassen, und durch anständige Behandlung sich zu immer größerer Brutalität aufgemuntert fühlen. Und daß ein Mann, der solche unglaubliche Quantitäten von Spirituosen verkölt, in der Wahl seiner Worte nicht wählerisch sein kann, das liegt doch auf der Hand.

Genug — die Bismarck'schen Bier-, Wein- und Schnapsreden haben nur Etwas gezeigt, was bloß für Blöde bisher unsehbar war. Wir freuen uns, daß das Ungefunde und Verwirrte der herrschenden Zustände eine so grelle Illustration empfangen hat, und — die „Freisinnige Zeitung“ hat die Wadelskrämpfe umsonst angezogen. —

Zu der neuesten Fehde zwischen dem früheren und dem jetzigen Reichskanzler, und zur Veröffentlichung amtlicher Aktenstücke Seitens des letzteren, bemerkt die „Neuz-Zeitung“:

Wir bezweifeln gar nicht, daß im Reichskanzler-Amt noch so manches Aktenstück sich findet, das besser geeignet ist, die Politik des „neuen Russes“ gegen die Kritik des Fürsten Bismarck zu verdeutlichen; aber wir müssen den dringenden Wunsch aussprechen, daran festzuhalten, solche Publikationen verbieten sich von selbst! (wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem früheren offiziellen Artikel erklärt hatte). Wohin sollte das führen, wenn das jetzige Reichskanzler-Amt und der frühere Reichskanzler mit amtlichen Aktenstücken, die ihnen zugänglich sind oder waren, sich gegenseitig und noch dazu in Blättern, für die sie beide keine Verantwortung übernehmen zu wollen, öffentlich erklärt haben, belämpfen? Ist man an maßgebender Stelle davon überzeugt, daß Fürst Bismarck in seiner Kritik der gegenwärtigen Regierung die auch weitgezogene Grenze des Erlaubten überschritten habe, so mache man ihn einfach dafür persönlich verantwortlich. So peinlich und bitter das nach allen Seiten hin empfunden werden würde, es erschiene uns immer noch würdevoller und für das politische Interesse erträglicher, als eine auf Grund amtlicher Akten geführte Fehde, die unter allen Umständen und nach allen Richtungen hin nur unheilvoll wirken muß.“

Insofern hat die „Neuz-Zeitung“ allerdings recht: dieser anonyme Kampf mit geschlossenem Bistur hat etwas Unwürdiges. Fürst Bismarck hat ihn begonnen und Herr von Caprivi kann zu seiner Entschuldigung sagen, daß ihm die Freigiebigkeit des Gegners bisher keine andere Möglichkeit gelassen habe. Allein, nachdem der Ex-Kanzler auf seiner famosen Agitationstreife die Maske hat fallen lassen und

thener, denn ich weiß nicht, was mit übrig bleiben wird, wenn Alles bezahlt ist.“

Nun, so stiften Sie für jedes Zimmer eine Petroleumlampe, macht 5 Thaler, sowie jährlich einen Zentner Petroleum, macht jährlich 10 Thaler, das wird wohl gehen. Und jetzt, Herr Molinaro, machen Sie den „Sommerwachtstraum“ zuwecht, damit wir nach dem Abendessen, welches bald erscheinen wird, sofort zu einem geistigen Genuß übergehen können. Und wenn Sie sich heute Abend niederlegen und sind noch im Stande, über etwas nachzudenken, so denken Sie über den schönen Vers nach:

Des Lebens Unverstand mit Behmuth zu genießen,
Ist Tugend und Begriff, Vernunft und Sittlichkeit
Und tausend andre schöne Sachen.“

Die Geschichte dieses Abends und des darauf folgenden Morgens überlassen wir der Einbildungskraft unserer Leser.

Einmüßwanzigtes Kapitel.

Zwischen Himmel und Erde.

Der Augustmorgen ist hell und klar; kein Wölken trübt die reine, hellblaue Luft; zu den Fenstern herein weht ein kühles und duftiges Lüftchen, die Brust erquickend und zugleich das Herz. Der Gesunde erfreut sich doppelt des schönen, unsäglichen Gutes der Gesundheit; der Zufriedene nimmt fröhlich und dankbar den Natursegen hin, der Traurige, Schwermüthige fühlt sein Herz erleichtert; der Kranke fühlt weniger seine Leiden; sein Schmerz strömt aus, und sanft mit ihm auch wohl seine Lebenskraft.

Nach bang durchwachter Nacht sieht Elise am Krankenlager des jungen Findes, der nur noch mühsam und mit Weh die holde Lebenslust in seine kranke Brust aufzunehmen vermag; seine Hände, die über der Decke matt und kraftlos ruhen, sind abgezehrt und durchsichtig, wie das bleiche Angesicht. Die Lippen erscheinen bläulich und bewegen sich zuweilen, als wollten sie aussprechen, was das Innere quält und schmerzt.

Jetzt schlägt er die blauen Augen mühsam auf; ein Strahl klareren Bewußtseins durchleuchtet seine Buge, dann

mit seiner Person hervorgetreten ist, kann diese Abwehr in den Spalten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht mehr ausreichen; Entweder fortfahren in der früheren Taktik vornehmten Ignorirens und abwarten, bis der alte Theristes sich müde geschimpft hat. Oder — der Straf-richter.

Wenn Herr von Caprivi, wie er es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ankündigt, das „Werk des Fürsten Bismarck“, soll heißen das Deutsche Reich, gegen diesen selbst wirksam verteidigen will, so muß er das Eine oder das Andere thun. Ein homerisches Wort-Duell mit obligatem Alken-Bombardement ist jedenfalls weder würdig noch wirksam. —

Die Tante Voss scheint ihren „Freisinn“ dadurch betätigen zu wollen, daß sie Sorge dafür trägt, daß der bisher von dem verstorbenen von Kleist-Regow vertretene Reichstags-Wahlkreis auch in Zukunft in konservativen Händen bleibt. In Bezug auf den von unseren Genossen auf der Herforder Konferenz festgestellten Agitationsplan für den Wahlkampf weiß das freisinnige Blatt nämlich nichts anderes zu sagen, als die Aufforderung an seine liberalen Parteifreunde zu richten, „die Agitation in ähnlicher Weise zu ordnen, wie der „Vorwärts“ angiebt, und den dort namentlich angeführten Stimmwerbbern auf Schritt und Tritt entgegenzutreten.“

Bei der letzten Wahl wurden im Wahlkreise Herford-Galle 7899 konservative, 2191 sozialdemokratische, 2186 nationalliberale und 1286 freisinnige Stimmen abgegeben. Wie sich aus diesen Biffern ergibt, verfügen die Konservativen im Kreise über eine ganz respectable Majorität, die gelegentlich früherer Wahlen noch viel stärker hervortrat. Die einzige Partei, welche seit den letzten Wahlen im Kreise mit Erfolg den Konservativen entgegenwirkte, ist unsere Partei, welche auch jetzt kampfbereit und als erste auf der Bildfläche erscheint. Anstatt es nun den Konservativen zu überlassen, sich ihrer Haut zu wehren, ruft die Tante Voss jetzt schon den liberalen Heerban auf, den sozialdemokratischen „Stimmwerbbern auf Schritt und Tritt“ entgegen zu treten. Wie schade, daß Graf Bedlich die Kandidatur für Herford nicht angenommen hat, es wäre ein Schauspiel für Götter gewesen, die Tante Voss, das Organ des Protestantenvereins und der liberalen Pastoren, welche zwar nicht an das „Märchen von Jesum Christum“ (siehe Schlangen-Hermes) glauben, aber auch nicht auf die fetten Pfänden verzichten mögen — an der Spitze der Wahlagitation für den Schöpfer der Schulgesetz-Vorlage kämpfen zu sehen. O, es geht nichts über freisinnig-liberalen Mannesmut und Ueberzeugungstreue! —

Deutschenhege in Russland. Die russischen Behörden benutzen zwar jede Gelegenheit, ihrem Deutschenhaß Luft zu machen, und zahllos sind die Fälle, in denen deutsche Staatsangehörige unter der Brutalität russischer Beamter zu leiden hatten. Trotzdem können wir die gestern Abend nach Redaktionschluss uns zugegangene Nachricht nicht glauben, daß die Fabrikbesitzer in Lodz behördlich angewiesen worden seien, alle Beamten, Gehilfen und Arbeiter deutscher Nationalität zu entlassen.

Wir wissen zwar, daß die russischen Behörden am 1. Mai sehr unzufrieden mit den deutschen Arbeitern waren, weil diese sich zu keiner Judenhege hergaben, allein daß sie so weit gegangen sein sollten, bezweifeln wir bis auf Weiteres. —

Für das Proportional-Wahlssystem arbeitet die schweizerische Demokratie mit allem Nachdruck; und die Sozialdemokraten unterstützen selbstverständlich diese Bewegung. In den Kantonen Neuchâtel und Tessin ist dieses einzig vernünftige Wahlssystem bereits eingeführt, in anderen Kantonen ist es in der Vorbereitung; jetzt aber zielt man dahin, es für alle Wahlen, namentlich die der eidgenössischen Gesamtovertretung einzuführen.

Auch in Frankreich fängt die Demokratie an, sich für diese Forderung ins Zeug zu legen. —

Zur italienischen Krise. Herr Ministerpräsident Giolitti, von dem wir lange nichts gehört, hat wieder ein Lebenszeichen gegeben — in Gestalt eines Birkulars, in welchem er alle Beamten auffordert, möglichst zu sparen.

reicht er dem Mädchen die magere Hand und ruft mit schwacher Stimme:

„Danke, tausend Dank für Ihre Liebe.“

Elise beiläufig, die Hand zu ergreifen, und bittet dann:

„Sprechen Sie nicht, es ist Ihnen gefährlich.“

„Ich muß, ich muß; es ist mit mir vorbei, ich fühle es; quälen Sie mich nicht unnötig mit Widerspruch, ich bitte Sie; es ist sogleich vorbei, ich muß jetzt sprechen. Rücken Sie mir das Kopfkissen etwas höher.“

„Der Arzt hat es verboten.“

„Ich hat Sie doch, mich nicht umsonst zu quälen. Ich muß doch wissen, wie mir ist.“

„Ich werde Ihnen gehorchen“, erwiderte das Mädchen und brachte den Oberkörper des Kranken so schonend wie möglich in eine andere Lage, der darauf mit einem milden Lächeln dankte und nach einer kleinen Pause fortfuhr:

„Geben Sie mir Ihre Hand. Sie hatten mein Leben, das aller Welt nichts nütze war, beinahe mitten in seiner vollen Kraft zerstört, doch nicht mit Ihrer eigenen Schuld, und dafür haben Sie mich schon in diesem Leben eine Auferstehung erleben lassen, die meine Seele in der Stunde des Todes mit wunderbarem Frieden erfüllt. Es kommt auf mich nicht an, auf keinen Einzelnen, sondern darauf, daß die weiterführende Idee in Jedem mächtig wird; und das Beispiel, das ich gegeben, und das Wenige, das ich zu thun vermocht, ist fruchtbarer Samen für die Zukunft. Und dafür und für den Frieden, den Sie mir damit gegeben, daß Sie mir einen würdigen Inhalt für mein ganz nutzloses Dasein gegeben, danke ich Ihnen in dieser Scheidestunde. Sie würden die Meinige nicht geworden sein, auch wenn ich gelebt hätte, ich weiß es; ich hatte es auch nicht verdient; und darum, auch darum ist mir der Tod eine willkommene Erscheinung; werden Sie mir doch, ich hoffe es von Ihnen, die Augen zudrücken, ein Gläd, auf welches ich nie rechnen durfte.“

„Sie werden leben, Herr Findes, hoffen Sie und vertrauen Sie,“ rief das Mädchen, erschüttert im Grund ihres Herzens.

„In einer Stunde ist's vorbei; und nun sorgen Sie,

Man weiß, was das bedeutet: Schinderei der Unterbeamten und „Sparen“ an den Gehältern Derer, die zu wenig haben — dagegen kein Sparen an den Ausgaben für den Moloch, dem nach wie vor Millionen über Millionen in den Taschen gemorfen werden sollen. Diese „Sparfameit“ bessert die Lage nicht; im Gegenteil, sie schafft bloß weitere Unzufriedenheit und beschleunigt den Todtentanz der herrschenden Gesellschaft Italiens. —

Aus Spanien erhalten wir heute einen ausführlichen Bericht über den Telegraphisten-Streit. Durch diesen Bericht, den der Leser an der Spitze der 1. Beilage findet, werden die Mittheilungen der Blätter (S. auch die heutige, der „Abendzeitung“ entnommene Notiz in der 2. Beilage) korrigirt und ergänzt. Wir haben nur hinzuzufügen, daß der Streit mit einem vollständigen Siege der Telegraphisten geendigt hat. Sie hielten zusammen, und Einigkeit macht stark. —

Kommunales Programm der französischen Arbeiterpartei. Unsere französischen Genossen haben folgendes Programm ausgearbeitet, das sie den Gemeindevertretern empfehlen:

Art. 1: Errichtung von Schuler-Speisehallen, wo den Kindern zwischen den Morgen- und den Nachmittagsstunden zu ermäßigten Preisen oder umsonst eine Fleischmahlzeit verabfolgt wird und zweimal im Jahr, zu Anfang des Winters und des Sommers eine Vertheilung von Schuhwerk und Kleidungsstücken stattfindet.

Art. 2: Einfügung von Klauseln (in das die Bedingungen für die Ausführung städtischer Arbeiten enthaltende Statut), welche den Arbeitstag auf 8 Stunden einschränken, ein durch den Rath im Einvernehmen mit den Arbeiterverbänden festgesetztes Lohndminimum garantiren und die durch ein Dekret von 1848 abgeschaffte Alfordarbeit verbieten. — Einrichtung einer Inspektion zur Ueberwachung der Befolgung dieser Klauseln.

Art. 3: Arbeiterbörsen zu gründen, die von den Arbeitersyndikaten und den korporativen Gruppen verwaltet werden.

Art. 4: Aufhebung der städtischen Posttagen auf Lebensmittel.

Art. 5: Befreiung der kleinen Mietshöfen von den auf ihnen lastenden Mobilien- und Personalsteuern und Ueberwälzung derselben auf die größeren, progressiv zu besteuerten Mietshöfen. — Reinigung und Ausbesserung der als ungeeignet erkannten Wohnungen auf Kosten der Eigentümer. — Besteuerung unbenutzter Flächen gemäß ihrem Kaufpreise und der nichtvermieteten Lokalitäten entsprechend ihrem Mietzpreise.

Art. 6: Vergabe aller Arbeiten durch die Gemeindeverwaltungen und die Arbeiterbörsen oder die Syndikate und Zurückziehung aller an Vermittler vergebenen Vollmachten.

Art. 7: Gründung von Entbindungsanstalten mit Wäscherinnen-Helm und von Asylen für Greise und Gebrechliche. — Asyle für nächtliche Unterkunft und Vertheilung von Lebensmitteln an durchreisende und an Arbeiter, die auf der Suche nach Arbeit ohne festen Wohnsitz sind.

Art. 8: Stellen, an denen unentgeltliche ärztliche Hilfe geleistet und Arzneimittel zu herabgesetzten Preisen verkauft werden.

Art. 9: Erbauung von öffentlichen, unentgeltlichen Bädern und Waschanstalten.

Art. 10: Schöpfung von Pflege-Anstalten (Sanatorien) für die Kinder der Arbeiter und Sendung und Ausnahme derselben in diese Anstalten auf Kosten der Gemeinde.

Art. 11: Stellen, an denen unentgeltlicher juristischer Beirath in allen die Arbeiter betreffenden Prozessen gewährt wird.

Art. 12: Entschädigung für die Thätigkeit im Gemeinderath nach der Maximaltaxe der Arbeitslöhne, damit nicht eine ganze Klasse von Bürgern, die zahlreichste Klasse, diejenige, welche nichts als ihre Arbeitskraft besitzt, von der Verwaltung der Gemeinde ausgeschlossen sei.

Art. 13: Unter der Voraussetzung, daß die Rechtsprechung der gemeinlichen Schiedsgerichte (prud'hommes) in einem den Interessen der Arbeit entsprechenden Sinne geändert wird, Entschädigung der Arbeiterschlichter nach einer Taxe, die ihnen völlige Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmertum sichert.

Art. 14: Bekanntmachung eines amtlichen Verzeichnisses über die Gemeinderathspräsidenten und Veröffentlichung der vom Rath gefaßten Beschlüsse durch Anschlag.

Programmpunkte, die nur für gewisse Städte in Betracht kommen (Programme local).

Art. 15: Gründung eines Gasthauses für Seelute unter dem Namen Sailor's Home (engl., Seemanns-Heim), um der schändlichen Ausbeutung, der die in Lohn stehenden Seelute während ihres Aufenthaltes auf dem Festlande zum Opfer fallen, entgegenzutreten.

Art. 16: Aufstellung von Zelten auf den Docks und die Quais entlang, um den arbeitssuchenden Arbeitern Schutz und Zuflucht zu gewähren; Einrichtung von Brunnen und Waterloets in diesen Zelten; Umzäunung der Docks mit Schutzgeländern.

Art. 17: Zurückziehung aller den Pferdebahnen, Omnibus-, Gas- und Begräbnisgesellschaften verliehenen Konzessionen; Umwandlung dieser Monopole in kommunale Arbeiten, deren Ausführung den Arbeitersyndikaten unter der Kontrolle der Gemeindeverwaltung zu übergeben ist.

Art. 18: Strenge Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen, welche den Mitgliedern der vertretenden Körperschaften verbieten, Submissions- und Verkaufsgeschäfte mit der Stadt abzuschließen.

Art. 19: Verbesserung des Reinigungsdienstes und Neuorganisation der hygienischen Kommissionen, denen mindestens 2 Arbeiter als Mitglieder angehören müssen.

Art. 20: Gründung eines Laboratoriums zu unentgeltlichen chemischen Untersuchungen.

Dies das Programm für die Thätigkeit der sozialistischen Gemeindevorstände in Frankreich.

Und hiermit vergleiche man die nichtswürdigen Berichte der Bourgeoispreffe! —

Gegen das Duell hat auch Cluseret, der bekannte sozialistische Abgeordnete — der ehemalige General der Kommune — in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht. —

Die Straßenschlacht, welche der Telegraph vorigen Montag aus Brüssel zu melden mußte, schrumpft zu einer sehr harmlosen Affäre zusammen. Eine Brüsseler Gewerkschaft, — die der Dreher und Hobler (Tournours et Raboteurs) hatten eine Fahne eingeweicht, und wurde Abends auf dem Heimweg in der Rue Royale plötzlich von der Polizei angehalten. Der Zug durfte nicht weitermarschiren. Ein Wortwechsel erfolgte, dann ein Handgemenge, in dem die Polizei unterlag. Sie requirirte eine Kompanie Soldaten, die sich jedoch im Ganzen sehr anständig betrug. Zu einem ersten Zusammenstoß kam es nicht. Und außer einigen Beulen gab es keine Verletzungen. Zwei Teilnehmer des Zuges wurden verhaftet, jedoch nach Aufnahme der Personalien wieder entlassen. Der Konflikt entstand dadurch, daß die Polizei auf Grund einer alten Verordnung die Präzession erhob, durch die Rue Royale, in der Regierungsgebäude stehen, keinen Zug passieren zu lassen. Hiermit hat die Polizei aber Unrecht, wie selbst die bürgerliche Presse zugiebt. Es war unbedingt ein Akt polizeilicher Willkür. —

Eine zweite Friedensrede hat der norwegische Poet und Politiker dazu, Björnsterne Björnson in Dänemark gehalten. Wir lesen darüber:

Der norwegische Friedensapostel sprach in Sorö auf Seeland auf einem freien Plage, der etwa 5000 Menschen faffen mochte. Ueber dem Zugang zum Plage wehte die „reine“ norwegische Flagge. Björnson sprach diesmal über „Das Recht des Volkes zum Frieden“, wobei er aber dem Kriege seine Verurteilung in der Kolonisationsarbeit zugesand. Hier würde Krieg geführt, um den Krieg eines Volkes untereinander und den Menschenhandel zu verhindern, die Menschensteherei abzuschaffen. Wenn die Kolonisationskriege um sich griffen, würden die Kriege hier verheert werden, denn die Wälder würden es nicht aushalten können, gleichzeitig draußen und im Lande die Kriegsalarm zu tragen. Die Arbeiter, die Bauern und die Bürger, also etwa neunzehntel, wollten Frieden, nur Einzelne, die Oberklassen, oder richtiger die Oberklasse der Oberklassen, vertheidigten und brauchten den Krieg. Seine Sorge sei, daß sich die Kirche auf die Macht stütze, und da sie obenin lehre, daß der Krieg von Gott sei, könne er nicht anders, wenn er einen Priester im langen Talar sehe, als an eine ausgerichtete Kanone zu denken — ein Vergleich, der unter Björnsons Juhören großen Jubel erregte. Im Verlaufe seiner Rede erwähnte Björnson, daß in Norwegen einst eine deutsche Dame, die Gattin eines deutschen Offiziers, geäußert hätte: „Ehe Elass-Bohringen nach freier Abstimmung der Reichslände an Frankreich zurückgegeben würde, würden zwei Millionen Deutsche auf dem Wahlplatze liegen und darunter mein Mann!“ Björnson schloß: Laßt Eure Lehrer Euren Kindern in den Schulen Friedensmoral predigen; sprecht mit Euren Priestern darüber und wählt keine Abgeordneten in die Volksvertretungen, ohne sie in diesem Punkte scharf befragt zu haben. —

Die zweite Friedensrede scheint hiernach ebenso konfus gewesen zu sein, wie die erste. Was insbesondere die Verurteilung des Krieges in der „Kolonisationsarbeit“ betrifft, so rathen wir dem norwegischen Dichter, ehe er seine nächste Friedensrede vom Stapel läßt, in Afrika, in Amerika und in Neuseeland Erkundigungen einzuziehen. —

Die Auflösung des englischen Unterhauses ist gestern Abend erfolgt, nachdem wenige Stunden vorher das

Parlament geschlossen worden war. Die Neuwahlen wurden gleichzeitig verfügt, und die Wahlanweisungen (Writs) unmittelbar darauf versandt. Am Montag beginnen die Wahlen, die in den Städten Freitag, den 8. Juli, und in den Land-Wahlkreisen zehn Tage später — am 18. Juli — beendet sein müssen. Um den gesürdeten „Sonabend“ in den Städten“ wären die Tories also glücklich herumgekommen. Da beide kämpfende Theile in Bezug auf die innere Politik wesentlich übereinstimmen — namentlich auch bezüglich der Arbeiterfrage —, und da die Liberalen das Gebiet der auswärtigen Politik, auf dem sie ihre Schwäche kennen, sorgfältig vermeiden, so bleibt das Hauptkampfobjekt die irische Frage, die weder eine innere noch eine äußere Frage ist, weil sie, amphibisch, halb zur inneren, halb zur äußeren Politik gehört. Seltsamer Weise finden die Gegner der Home Rule gerade in Irland ihre nächststen Verbündeten. Und dabei denken wir noch einmal an die protestantischen Irländer von Ulster, sondern an den Bruderzwist der katholischen Iren, die einander so grimmig beschden, daß die englischen Gegner der Home Rule für sie gar nicht vorhanden zu sein scheinen. Gladstone, dessen Verleugung durch den bekannten Brotwurf arg übertrieben war, ist wieder auf den Beinen und traktirt den Ministerpräsidenten mit Kraftworten, die ihm in Deutschland vor dem Strafrichter Jahre Befängniß wegen Verleumdung eintragen würden. Die Tories bleiben dem „großen Windbeutel“ allerdings nichts schuldig — während Lord Salisbury selbst sich einer vornehmen Ruhe befleißigt, die den alten Gladstone nur noch mehr in die Walle bringt.

Das neue Parlament wird am 4. August zusammentreten. —

Unseren Genossen, die zur Zeit des Mai-sprechens als „Anarchisten“ aus Frankreich ausgewiesen wurden, und deren Briefe der „Vorwärts“ seiner Zeit veröffentlichte, haben die französischen Behörden, wie uns soeben mitgetheilt wird, portofrei alle von der Polizei gestohlenen Sachen zurückerstattet. Die Notiz im „Vorwärts“ hat also genügt — in Paris. Wer entschädigt nun aber unsere Genossen für die Einsperrung, den barbarischen Befangenen-Transport und die erlittenen Verluste? Wären es Engländer oder Amerikaner, so würden sie sicher eine angemessene Entschädigung erhalten. Aber es sind nur Deutsche und Sozialisten. —

Kommunales.

Die aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehende gemischte Deputation, welche mit den vorbereitenden Arbeiten für die Einverleibung der Vororte beauftragt ist, war gestern versammelt, um zu beraten, ob und welche Änderungen in der Organisation der städtischen Verwaltung etwa vorzunehmen seien, wenn die Vororte inkommunalisirt werden und ob hierzu eine Umänderung der Städte-Ordnung — die nur auf Gesetzbescheidem Wege erfolgen könnte — notwendig ist. Zur Vertheilung dieser Frage hatte der verstorbene Ober-Bürgermeister eine Subkommission von fünf Stadträthen eingesetzt und dieselbe beauftragt, eventuell Vorschläge für die ihr nothwendig erscheinenden Änderungen den Verwaltungsorganisationen zu machen.

Die Vorschläge dieser Subkommission bildeten den Hauptgegenstand der gestrigen Verhandlungen in der gemischten Deputation. Die Subkommission des Magistrats hält eine weitgehende Dezentralisation der Berliner Kommunalverwaltung für geboten; nach ihrer Ansicht sind eine Anzahl Bezirks-Bürgermeisterien einzurichten, sowie unter Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlsystems besondere Bezirksvertretungen zu bilden, an deren Spitze, als Ordnung der Verwaltungsorganisation, eine nicht von der Bürgerchaft, sondern von den verschiedenen Bezirksvertretungen gewählte Gesamtdirektion tritt, die ihrerseits dann wieder den Magistrat wählen soll.

In der Diskussion wurden diese Vorschläge von allen Rednern bekräftigt; sowohl die der gemischten Deputation angehörenden Magistratsmitglieder, mit einer einzigen Ausnahme, als die Stadtverordneten vertraten die Ansicht, daß die Einverleibung der Vororte zu so eingreifender Veränderung der städtischen Verwaltungsorganisation keinen Anlaß gebe, und glaubten, daß sich die etwa nothwendig werdende Entlastung der Zentralstelle durch Ueberweisung bestimmter Verwaltungszweige an Bezirksdeputationen oder ähnliche durch Ortstatut zu errichtende, mit dem Magistrat und Stadtverordneten-Bersammlung organisch verbundene Körperschaften herbeiführen lasse.

Auch die politische Bedeutung des Entachtens der Subkommission wurde gestreift; der Stadtverordnete Singer gab seinem Erkennen und Bedauern darüber Ausdruck, daß eine Kommission des Berliner Magistrats bei Erröderung einer etwaigen Änderung der Städte-Ordnung zu keinen anderen Vorschläge als der Radikalisirung der Städte-Ordnung gekommen sei. Der Vorschlag, die Gesamtdirektion von den Bezirksvertretungen wählen zu lassen, hebe das Wahlrecht der Majorität der Bürgerchaft auf.

Wenn man die Städte-Ordnung ändern wolle — und er (Redner) sei nicht dagegen —, so wäre es angezeigt, Vorschläge zur Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auch für die Kommunalwahlen zu machen, die Bestimmung, wonach die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, zu beseitigen, und endlich das Befähigungrecht der Regierung für die Magistratsmitglieder und Bürgermeister abzuschaffen, nicht aber die Rechte der Bürger einzuschränken, wie der Vorschlag der Subkommission es thue.

Von einer Seite wurde der Versuch gemacht, die Vorschläge der Subkommission als nicht den Interessen und Forderungen der Selbstverwaltung widersprechend darzustellen; diese Auffassung fand jedoch in der gemischten Deputation keine Unterstützung. Ein Antrag, sich gegen die Inkommunalisirung der Vororte zu erklären, dagegen zu bestimmten Zwecken Kanalisation u. dgl., mit den betreffenden Gemeinden in Verhandlungen zu treten und die hierzu erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zu beschließen, wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die gemischte Deputation beschloß, den Magistrat zu ersuchen, in seinem Bericht an die Aufsichtsbehörde die Bereitwilligkeit der Stadtverwaltung, die Vororte einzuverleiben, zum Ausdruck zu bringen und dabei zu betonen, daß zur Bewältigung der unserer Stadt durch die Einverleibung erwachsenden Aufgaben eine Änderung der Städte-Ordnung nicht nothwendig sei.

Briefkasten der Redaktion.

S. G. Brunnenstraße. Die betreffende Notiz war aus Versehen mit anderem Manuskript in den Seheraal gerathen und unter „Solales“ abgedruckt. Wir machen grumbfährlich keine Reskame für geschäftliche Unternehmungen, und haben daher von den uns zukommenden Meldungen keine Notiz genommen, noch auch dem Fragesteller wegen des gewünschten Artikels Auskunft gegeben.

Der heutigen Nummer des „Vorwärts“ liegt ein Prospekt seitens unserer Partei-Buchhandlung, Ferd. Lassalle's Neben und Schriften betreffend, bei. Wir machen unsere Leser besonders auf denselben aufmerksam.

daß nicht in untröstlicher Trauer mein Tod betrauert wird, sondern in lebenskräftigem Ringen und Streben, wie ich's ja selbst zu thun gedente, wenn über das Grab hinaus ein weiteres Wirken dem Menschengeste beschieden sein sollte. Sie, Elise, werden glücklich sein; Sie werden beglücken, wie es aus Ihrem Wesen, das keine Frauenschwäche verräth, natürlich hervorgehen muß. Im Leben hätte ich Ihr Glück nicht ohne Schmerz — der Mensch ist schwach — sehen können; an der Schwelle des Todes erfüllt mich die Zuversicht, daß Sie glücklich sein werden, mit Freude. Und wenn in einsamen Stunden eine freundliche Erinnerung an den dahingegangenen Freund erwacht, so werden Sie dieselbe nicht von sich weisen, denn Sie haben Alles für mich gethan, was ein edles Weib zu thun vermag. Und nun genug, was macht mein Vater?

„Sein Leiden ist noch schwer, er selbst fast unbewußt; aber er ist außer Gefahr.“

„Bringen Sie ihm meinen Abschiedsgruß, wenn er ihn vernehmen kann. Und Streit und Jwan, die treuen Kampfgenossen am letzten Tage?“

„Sie sind Beide anwesend und haben eben nach ihrem Befinden gefragt.“

„Und Lange, mein letzter und mein liebster Freund?“

„Auch er ist in Ihrer Nähe und voller Sorge um Sie.“

„Und unser armer Philosoph, dem seine geistige Umkehr so verhängnißvoll geworden wie mir?“

„Er läßt sich seit drei Tagen regelmäßig hierhertragen, um Sie zu sehen, und muß um diese Zeit gekommen sein.“

„Dann, bitte, rufen Sie mir Alle, auch meine arme Schwester.“

Du wirst unsern Vater sagen, in welchem Glauben ich gestorben und was er zu thun hat, wenn er die Erinnerung an seinen Sohn in Liebe weiter tragen will. Du wirst nicht verlassen sein, weder im Leben noch im Sterben; Streit, Lange, Jwan, Mensch, Ihr treuen Gefährten, seid meiner Schwester treue Brüder an meiner Statt. Und Frank, wo ist unser Frank?“

„Da bin ich, armer Freund, voll Jammer und Trauer über Ihr böses Geschick.“

„Nenne mich Du, Frank; wir waren Brüder, seitdem wir uns kennen lernten; nennst Euch Alle Du, denn eine heilige Brüderchaft war die unsere und soll so dastehen vor aller Welt. Ihr werdet etwas mehr thun, da ich nichts mehr thun kann, und dann werde ich immer unter Euch sein. Germinie, dort hast Du auch eine Schwester, die mir in liebender Barmherzigkeit die Augen zudrücken wird. Du wirst um meinetwillen dafür sorgen, daß sie glücklich ist; Range, weicht Du noch, was wir vom Leben und Sterben sprachen, wie im Werden und Bergehen die Materie mehr und mehr durch den Geist zweckdienlich umgeschaffen wird, wie im Kampfe mit ihr der Geist erstarkt, wie mit der Gewalt der Materie der finstere Geist des Wahns, der Selbstsucht vernichtet wird, wie die edlen Geister im gemeinsamen Siege immer mehr zusammenschließen und eins werden, eine schöne, große, alles verklärende geistige Genossenschaft, in der das Individuum endlich selbst aufgehört, sich etwas sein zu wollen, sich nur als Theil erkennt und nur im Ganzen seine Heimath findet, dem es sich auflösend ganz zu Eigen giebt mit Freudenschauern; o, ich fühle es jetzt so ganz, das wonneschauende Gefühl, aufzuheben und doch fortzuleben als der mit dem großen Ganzen inniger verschmolzene Theil. Liebe Schwestern laßt mich mit den Freunden allein.“

Die Mädchen entfernten sich weinend.

„Freunde,“ fuhr der Kranke mit sichtlicher Anstrengung fort, „ich habe Euch nichts zu hinterlassen, als das, was ich gethan; meinen letzten Willen habe ich für meinen Vater aufschreiben lassen, er mag damit thun, was er will und kann. Und nun sage mir, Streit, könntest Du meine Schwester lieben?“

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 30. Juni.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Friedrich-Theater. Harz.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der lustige Krieg.
Offend-Theater. Bei Bismarck.
 Hierauf: Die Kellnerinnen von Berlin. Zum Schluss: Die guten Hinten.
Thomas-Theater. Mamselle Nitouche.
Weltalliance-Theater. Gefährliche Mädchen.
Kroll's Theater. Der Troubadour.
Adolph Ernst-Theater. Die Wetzschwimmerinnen.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater

(Bock-Bräuererei, Tempelhofer Berg)
Donnerstag, den 30. Juni:
 1. Theil: Spezialitäten 1. Ranges.
 2. Theil: Mit neuen Gesangs-Einlagen: Zwölf Mädchen in Uniform. Vaudeville-Barlesken in 1 Akt von L. Augely.
 3. Theil: Spezialitäten-Vorstellung.
 Geschw. Laura, Amelle und Gisela Neumann, Gesangs-Trio, Fischer und Blum, gen. Schwach und Schwächer, beliebte kom. Gesangs-Duettisten.
 Zum Schluss: Der Zauberbrunnen der Najaden, grosses Ballet-divertissement mit Wunderfontains, 5 Solo-Tänzerinnen, 20 Damen Corps de Ballet.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Bei ungünstiger Witterung bieten die gedeckten Hallen Schutz für ca. 3000 Personen.
Täglich: Grosse Vorstellung.
Sonnabend, den 2. Juli:
Gala-Wohlthätigkeit- u. Vorst. Sommernachts-Fest.
 Italienische Nacht.



Passage-Panopticum.
 Neu!
Blaue Grotte
 mit Wasser, Säulen u. Beleuchtungseffekten.
 Neu!
 Eine Kriminal-geschichte
 in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
 Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Victoria-Bräuererei.
 Lüchowstrasse 111/112.
 Im Konzertgarten resp. Saal
Englisch (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
 Stets wechselnd. Programm.
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entrée 50 Pfg.
 Wochentagsbilletts à 40 Pfg. (S. Plakate.)
 Morgen, Freitag:

II. Doppel-Konzert.
Moabiter Gesellschaftshaus,
 Alt-Moa! 80/81.
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
 Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pfg.
 22891.
Hellmuth Peters.
 Dr. Koesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Freie Vereinigung d. Ledergerber und Lederzüricher Berlins.
Versammlung
 am Sonnabend, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, Weinstr. 11 bei Poladt (Herberge).
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1892. 2. Vorstand- und Revisoren-Wahl. 3. Vergütungs-Komitee-Wahl. 4. Verschiedenes.
 205/14
Der Vorstand.

Neue Welt. Bergschloss-Bräuerlei Hasenhaide.

Monstre-Feuwerk verbunden mit **Japan**, großes pyrotechn. Schauspiel unter Mitwirkung aller Spezialitäten, Ballets etc. Die Feuerwerker Hrn. Leichnitz & Bau werden noch nie Dagewesenes ausführen.
 Von 5 Uhr Nachmittags ab: **Konzert u. Spezialitäten-Ensemble.** 800b
Im Champêtre Ball. Entrée 50 Pfg., vorh. 40 Pfg., ref. Platz 1 M.

Neue Welt, Hasenhaide.
Montag, den 11. Juli 1892:

Großes Sommer-Fest
 bestehend in **Konzert und Ball**
 arrangirt von **Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.**
 Aufstreich sämtlicher Spezialitäten. **Großes Feuerwerk.**
 Anfang 4 Uhr. Um 9 Uhr: Große Fackelpolonaie. Entrée 30 Pfg.
 Die Kaffeelücke ist den geehrten Damen um 2 Uhr geöffnet.
 Billets sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: Geiling, Manteuffelstr. 115, II.; Woritz, Reichenbergerstr. 149, II.; Steinke, Urbanstr. 33, Hof Quergeb. IV.; Kölling, Reitsbuser Danim 93, III.; Lufsch, Poststr. 10, V.; Thomas, Grünauerstr. 37, Hof part.
 Hierzu ladet Freunde und Genossen ein
 300/18
Das Komitee.

Gr. Sommerfest
 veranstaltet von den **Parteigenossen des V. Berl. Reichstags-Wahlkreises**
 am Sonntag, den 10. Juli, in der Bräuerlei Friedrichshain am Königsdörf.
Gr. Instrumental-Konzert u. Gesangsvorträge
 lehrere ausgeführt von mehreren Gesangsvereinen (M. d. Ard.-S.).
 Verschiedene Volkshelustigungen und Regelspiele.
 Abends: Kinder-Fackelpolonaie. Im Saale von 7 Uhr ab: **Großer Ball.**
 Entrée 25 Pfg. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen u. bei den Komiteemitgliedern Frh. Berndt, N. Schönhauserstr. 18; Fr. Krüger, Birtenstr. 10 (Destillation); Rob. Drescher, Bienenstr. 50, zu haben.
 332/18
Das Komitee.

Achtung, Maler, Lackirer und Anstreicher.
Kombinierte Versammlung
sämtlicher Filialen Berlins
 am Freitag, den 1. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Graefe's Bierhallen, Kommandantenstr. 79.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Provinzialtag zu Stettin.
 2. Verschiedenes.
 214/14

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Lehrplan für das III. Quartal 1892.
 Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Fagelsbergerstr. 43.
Montag	Buchführung.	Deutsch (ob.).
Dienstag	Geschichte (mittl.).	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	Deutsch (ob.).	Geschichte (neu).
do.	Rechnen.	
Donnerstag	Deutsch (mittl.).	Rechnen.
do.	Chemie.	
Freitag	Deutsch (unt.).	Buchführung (doppelt).
do.	Physiologie.	
Sonnabend		Deutsch (unt.).
	Ostschule. Martastr. 31.	Süd-Ostschule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Buchführung.	Rechnen.
Dienstag	Physiologie.	Deutsch (mittl.).
do.		Mathematik.
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Rechnen.	Geschichte (alt).
Freitag	Geschichte (mittl.).	Deutsch (unt.).
Sonnabend	Deutsch (unt.).	Buchführung.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume erteilt.
 Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10-12 Uhr: **National-Oekonomie** in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.
 In alle Lehrbücher — mit Ausnahme Buchführung und Mathematik — können noch Schüler und Schülerinnen eintreten.
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Zahlkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pfg. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pfg. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur Arania à 25 Pfg. (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pfg. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.
 Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
 Südschule, Fagelsbergerstr. 43.
 *Börner, Ritterstr. 108.
 Grindel, Dresdenstr. 116.
 Klein, Schulzeinstr. 6.
- SO.**
 Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
 Kehr, Köpckeinstr. 126.
 *Schulz, Admiralsstr. 40 a.
 Ulrich, Brangelstr. 84.
 Zuhel, Raunynstr. 86.
 Schayer, Reichenbergerstr. 54.
- SW.**
 Grube, Mariendorferstr. 10.
 *Pafforke, Junkerstr. 1.
 Goppel, Kaybachstr. 1.
 *Antrick, Steinwegstr. 60.
 Flick, Simonstr. 23.
- O.**
 Ostschule, Martastr. 31.
 A. Böhl, Müddendorferstr. 8.
 E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
 Raske, Krautstr. 48.
- *Lok.** Friedrichsbergerstr. 11.
 Tempel, Breilauerstr. 27.
- C.**
 *Berndt, Alte Schönhauserstr. 18.
 Kuhlmoj, Rosenstr. 30.
- N.**
 Nordschule, Müllerstr. 179a.
 Krause, Pappel-Allee 3/4.
 Abraham, Straßburgerstr. 5.
 *Giesert, Müllerstr. 174.
 Gnadt, Brunnenstr. 38.
 Kleinan, Gartenstr. 171.
 Lehmann, Brunnenstr. 83.
 Schmidt, Dresdenerstr. 24.
 Thierbach, Schwedterstr. 44.
 Raabe, Puppinerstr. 42.
 *Scholz, Kasanien-Allee 35.
- NO.**
 *Gumpel, Barnimstr. 42.
 Drescher, Bienenstr. 50.
- NW.**
 *Vogtherr, Stephanstr. 27a.
 Voas, Säbelerstr. 8.

Der Vorstand.

Verband der Bäcker u. Berufsgen. Deutschl. Mitgliedschaft Berlin.
Donnerstag, den 30. Juni cr., in der „Altenbräuerlei Friedrichshain“:
Großes Sommervergnügen
 zur Feier des **8. Stiftungsfestes**, unter gütiger Mitwirkung des „Kammer'schen Gesangsvereins“ u. „Morgengrauen“ (Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Hrn. Fildor.
 Im Garten: **Großes Konzert**, ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker und unter Mitwirkung des Volkshumoristen Genossen **Osang.**
 Im großen Saal: **Tanz** bei elektrischer Beleuchtung.
 Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.
 Anfang des Konzerts 8 Uhr, des Tanzes 4 Uhr. — Entrée 30 Pfennige.
 Bei eintretender Dunkelheit: **Große Fackelpolonaie.** Zum Schluss ein lebendes Bild: **Die Proletarierfahne.**
 Alle Kollegen und Freunde, sowie deren Damen, sind dazu herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Achtung! Bildhauer!
Sonnabend, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, bei Reßner, Auenstr. 16:
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Gründung einer Verwaltungsstelle des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands und Wahl des provisorischen Vorstandes.
 2. Diskussion über Vertretung im Gewerbe-Schiedsgericht.
 3. Erziehung der Kommission.
 4. Verschiedenes.
 147/9
Die Kommission der Bildhauer.

Polnischer Sozialisten-Verein.
Große General-Versammlung
 am Mittwoch, den 6. Juli 1892, Abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn Boltz, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von der halbjährigen Thätigkeit des Vereins.
 2. Wahl des neuen Vorstandes.
 3. Wahl eines Kandidaten zum Vertrauensmann.
 4. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
 251/8
Der Vorstand.

Königsbank, Grosse Frankfurterstrasse 117.
 Sonnabend, den 2. Juli 1892:

Gr. Sommernachts-Ball
 veranstaltet vom **Fachverein der Stellmacher Berlins u. Umgegend.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ? Um 12 Uhr Kaffeepause. Der Garten ist geöffnet.
 Der Ueberschuss ist zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen bestimmt.
 Entrée Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg.
 Billets sind bei den Kollegen Heddel, Schönhauser Allee 187, prt.; Bräse, Brunnenstr. 113, I.; Ahrens, Reinickendorferstr. 46, II., sowie im Restaurant Zukunftsstaat, Kasanien-Allee 35, und an der Kasse zu haben.
 Um rege Theilnehmung bitten **Das Komitee.**
 Um Irrthum zu vermeiden, machen wir alle Kollegen und Genossen darauf aufmerksam, daß dieser Sommernachtsball resp. unser Fachverein mit dem arrangierten Vergnügen der Stellmacher in Weimanns Lokal (Gesundbrunnen) nichts gemein hat, dieses also nicht vom Fachverein der Stellmacher veranstaltet ist.
 481/4

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für die Kreise Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda.
Versammlung
 am Freitag, den 1. Juli 1892, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen (Gartenfaal), Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des provisorischen Vorstandes. 2. Wahl des gesammten Vorstandes. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand. J. A.: Friedr. Grosche.

Charlottenburg, Bräuerlei Gambrinus
 Wallstr. 46, Bismarckstr. 22.
Grösstes Konzert-Etablissement,
 Garten und Säle für 2000 Personen.
 Elektrische Beleuchtung. Familien können Kaffee kochen. 2 Riesen-Regelbahnen. Vereinen bestens empfohlen, auch Sonntags.
 2512 L.

Elegante Herren- u. Knaben-Garderobe
 in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt
 2196 L.
Julius Lindenbaum,
 Berlin O., Frankfurterstrasse 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maass.
 Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neuo Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreassstr. 54, Fruchtstr. 39, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. j. Kärb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren-Kuzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mh. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blausgetragenen Kaumgarn-Garderoben.
 2033 L.

Die Deutsche Revolution.
 Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849.
 Von Wilhelm Blas.
 Reich illustriert. Erscheint in 22 Heften à 20 Pfennig. Probehefte liefert jeder Kolporteur.

Aus Spanien.

23. Juni.
Daß die Telegraphenlinien in einzelnen Theilen des Landes häufig aus nichtigen Gründen tagelang unterbrochen sind, ist eine Thatsache, die man nach längerem Aufenthalt in Spanien schon geduldsig hinnehmen muß. Aber daß sämtliche Linien an einem Tage und zu einer und derselben Stunde nicht funktionieren, muß doch allgemeines Verwundern erregen. Und was ist die Ursache? — Eine höchst einfache: sämtliche Telegraphenbeamten Spaniens befinden sich im Streik. Der Streik ist ein allgemeiner und zeugt von einer bewundernswürdigen Einigkeit der Beteiligten. Am Montag Morgen hat der Streik begonnen und heute, Donnerstag, zur Mittagstunde, sind die Stationen in der Provinz dem Publikum noch nicht geöffnet. Wie es in Madrid steht, weiß ich nicht, da bisher keine Telegramme gekommen sind und die Post erst am Abend kommt.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist der Vorgang in aller Kürze folgender: Die Beamten haben in der Zentralstation von Madrid am Montag Morgen zwischen 7 und 9 Uhr den Streik ausgenommen und dementsprechende Telegramme an alle Stationen Spaniens geschickt. Der Erfolg war ein derartiger, daß um 9 Uhr von keiner Station her die geringste Nachricht, noch Antwort auf Anfragen erfolgte. Die sofortige Verhängung muß eine überaus geschickte gewesen sein; denn fast alle Zeitungen philosophiren darüber. Bis nach 12 Uhr Mittags dachte kein Mensch an einen Streik, auch wenn den Besuchern der Zentralstation die Unterbrechung bei dem schönen Wetter wunderbar erschien. Als immer und immer keine Nachrichten kamen, eilte der Generaldirektor des Verkehrs auf die Zentrale, um die Ursache der Verkehrsstockung zu erkunden. Welche Eindrücke er empfangen hat, wird nicht berichtet. Um 2 Uhr wußten auch die Ministerien u. s. w. um die Sache und nun ging das Konferenzieren los. Die Ergebnisse waren folgende: man eilte auf die Bahnhöfe, aber auch hier verweigerten die Beamten den Dienst; man mußte Militärbeamten an diese Stationen setzen, um den Dienst zu versehen; um 6 Uhr Nachmittags reisten Telegraphisten vom Ingenieurkorps nach den Hauptstädten des Landes ab, am nächsten Morgen andere nach weiteren großen Plätzen; der Generaldirektor verkehrte mit den Gouverneuren der Provinzen durch die Bahntelegaphen.

Aber die Telegraphisten des Ingenieurkorps reichen bei weitem nicht aus, um den Dienst im Lande nur annähernd zu versehen. Am Dienstag veröffentlichte die „Gaceta“ eine königliche Verordnung, welche allen Zentralstationen übermittelt worden ist, in welcher es heißt, daß die Beamten bis zum 28. d. M. an ihrem Plage sich einfinden müssen, und daß Alle, welche dies ohne triftige Gründe verweigern, dem Strafgesetz verfallen.

Die Austretung ist im ganzen Lande eine große. Im Allgemeinen ist die Stimmung den Streikenden günstig, auch wenn die Verkehrsunterbrechung sehr unangenehm empfunden wird. Manche erheiterte Szenen sind auch vorgekommen, z. B. als die königliche Verordnung nach Barcelona vermittelt wurde, erhielt man die Antwort: „Nawachol“, und als der Minister des Innern telegraphirte, wurde ihm zur Antwort: „Herr Minister, wie sieht es um den Centimos?“ (Die Erklärung dafür siehe weiter unten.) In mehr oder minder guten Witten macht man sich lustig über die Unfähigkeit der Regierung, welche sich so klar in diesem bedeutsamen Ereigniß bekundet. In ihrer Verwirrung hatte sie die Nachricht verbreitet, daß alles wieder normal funktioniere, obwohl nur von einem einzigen Orte aus eine Antwort erfolgt war. Jetzt hat sie Gelegenheit und Zeit, sich selbst zu bewundern und Betrachtungen über ihren Beamtenstand zu pflegen. Wäre nur etwas mehr Einigkeit in den oppositionellen Elementen, so würden sie die jetzige Regierung wie einen Haufen dürres Stroh auseinander streuen. Allerdings läßt sich heute noch nicht absehen, was die nächsten Tage bringen werden. Die Vorgänge in Barcelona und das jetzige Ereigniß sind doch wahrhaftig hinreichend, um die lächerliche Ohnmacht der Regierung von Jedem erkennen zu lassen.

Welches sind nun die Ursachen dieses ungewöhnlichen Streiks? — Die Nachrichten sind noch zu spärlich, als daß man diese Frage erschöpfend beantworten könnte. Ich folge heute den Ausführungen des „Imparcial“, eines durchaus nicht arbeiterfreundlichen Blattes, das gut informiert zu sein scheint, werde aber wieder auf die Sache zurückkommen, wenn genauere Nachrichten vorliegen.

Die Telegraphenbeamten sind von jeher bei langer Dienstzeit äußerst schlecht besoldet gewesen. Der vorletzte Generaldirektor des Verkehrs entzog den Beamten manche Vergünstigungen, die sie früher genossen hatten. Er richtete sich eine neue Beamtenkategorie ein, die der Hilfsbeamten, welche mit 600 M. besoldet wurden. Allmählich schob er diese in Stellungen hinein, welche früher von ordentlichen Beamten besetzt wurden. Diese wurden entweder verdrängt oder zum wenigsten in ihrem Avancement bedeutend geschädigt. So kam es, daß Leute mit 30 Jahren Dienstzeit nur eine Einnahme von 1600 M. hatten. Weiter verschmolz er den Post- und Telegraphendienst, welche bisher getrennt waren; dadurch erhielten die Telegraphenbeamten mehr Arbeit, aber keine Entschädigung. Als ihm der gegenwärtige Generaldirektor folgte, hofften die Beamten, daß dieser die Mißstände abstellen würde. Allein sie täuschten sich. Er bevorzugte die Postbeamten auf Kosten der Telegraphisten. Kürzte einer bestimmten Kategorie dieser den Tagelohn von 2 M. um 40 Pf., und bewirkte dadurch, daß die bisher Indifferenten unter den Beamten sich enger denen angeschlossen, welche schon eine Herabsetzung der Dinge erlitten. Der politische Standpunkt der Beamten wurde mehr und mehr der Maßstab ihrer Fähigkeit; so kamen Leute mit weniger Dienstzeit, häufig mit ganz geringer, in Stellungen, welche anderen gebührten. Die Beamten wählten eine Deputation, welche sie zum Generaldirektor und zum Minister absandten, um ihre Klagen vorzubringen. Die Verhandlungen blieben erfolglos und offenbarten nur die Feindschaft, die in den leitenden Regionen gegen die Beamten herrscht. Man sprach schon vom Streik. Auf dem am 22. April dieses Jahres abgehaltenen Parteitag verstand es der Generaldirektor noch einmal, die Beamten durch leere Versprechungen zu beruhigen. Die Lage der Beamten gestaltete sich aber anders, als der Generaldirektor eine Gratifikation von 1 Centimos (1/100 Pf.), welche jeder Beamte für ein abgegebenes Telegramm erhielt, zu entziehen beschloß. (Deshalb die obengenannte Frage an den Minister.) Noch erbitterter wurden die Beamten, als der Generaldirektor verfügte, daß die Hilfsarbeiter von den kleineren Stationen auf die Zentralstationen kommen sollten. Die Verfügung wurde von den Beamten als Anschlag zur Verwirklichung der Pläne des Ministers angesehen, welche zum Zweck haben, die ordentlichen Beamten überall durch billigeren Hilfsbeamten zu ersetzen. Weiter gab der Minister des Innern einer Kommission von Telegraphenbeamten die Antwort, daß er wohl um die Unzufriedenheit und die geheime Thätigkeit derselben wisse, daß es ihm aber gleichgültig sein würde, was die Zivilbeamten machten, wenn er mit dem Bataillon der Militärtelegraphisten rechnen müßte. Dies war den Beamten gleichbedeutend mit einer Provokation. Und als nun endlich ein Herr Bas, welcher bisher erst in der Post drei Jahre diente, zum Chef des Post- und Telegraphenwesens ernannt werden sollte, da wurde es den Telegraphisten zuviel, und sie griffen zum äußersten Mittel: zum Streik.

Nachschrift. Es ist Donnerstag Abend, die Uhr zeigt auf 9, noch immer keine Telegramme. Der Streik ist noch immer der-

selbe. Die Versuche der Regierung erweisen sich als erfolglos. Wie die Zeitungen schreiben, sollen auch die ausgesandten Telegraphisten vom Ingenieurkorps nicht funktionieren. Einige Städte antworten auf Anfragen, welche von Madrid aus an sie gerichtet werden, aber sie übergeben keine Nachrichten. Im Allgemeinen hat es den Anschein, als ob man die Regierung zum Besten hat. Verschiedene Verhaftungen von Stationsvorstehern und anderen Beamten werden ins Lächerliche gezogen. Die Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage trotz aller Konferenzen u. s. w., sie behauptet, nach den Zeitungen, unfähig zu sein, irgend etwas zu thun. Morgen Genauerer, so die Telegraphen u. s. w. wollen.

Die Konferenzen zwischen den Streikenden und der Regierung haben zu keinen Resultaten geführt, obwohl die Forderungen der Streikenden höchst billige waren, nämlich Wiederherstellung des früheren Zustandes unter dem zweiten Vorgänger des jetzigen Generaldirektors, Entlassung des Personalschefs, die Nichtabholung von Hilfsbeamten zum Telegraphendienst, welche nicht in diesem Gebiet haben; die Unterdrückung der Hilfsbeamten, soweit sie den ordentlichen Beamten in ihrer Stellung hindernd oder schädigend sind u. s. w. Die Antwort des Generaldirektors war die, daß weder er noch die Regierung etwas thun könnten, weil eine konservative Regierung sich nicht imponiren lasse und die Telegraphisten erst von ihrer feindlichen Haltung ablassen müßten. Er werde bei dem Parlament eine Bill beantragen, um sämtliche Telegraphisten zu entlassen.

Parteinachrichten.

Im Reichstags-Wahlkreis Löwenberg ist infolge des Todes des freisinnigen Abgeordneten Friedländer eine Nachwahl nötig. Der Kreis ist ein Zankapfel des Liberalismus. Unsere Partei ist dort, so viel wir erfahren haben, bei den Wahlen noch nicht auf die Scene getreten; vielleicht machen unsere schlechten Parteigenossen einmal den Versuch, durch Aufstellung einer 3 bis 4 Kandidatur Arbeit darüber zu schaffen, wie weit die Grundzüge der Sozialdemokratie in jenem Kreise Anhänger gefunden haben. Das Wahlverhältniß der Parteien war den abgegebenen Stimmen nach 1887 und 1890 das folgende:

1887	6000	nationalliberal	5298	Freisinn	—	Zentrum
1890	4240		3278		1639	

Bei der engeren Wahl im Jahre 1890 erhielt der Nationalliberalismus 4481, der Freisinn 6847 Stimmen; der Kandidat des Letzteren wurde also mit Hilfe des Zentrums gewählt.

Aus dem 2. Meininger Reichstags-Wahlkreis. In Sonnenberg fand am Sonntag eine Vertrauensmänner-Versammlung zur Vorbereitung der Fragen statt, welche auf dem am 7. August in Bauscha stattfindenden ersten sozialdemokratischen Parteitag des 2. meiningischen Wahlkreises behandelt werden sollten. Anwesend waren etwa 80 Parteigenossen aus den verschiedensten Orten des Wahlkreises, darunter aus Pöschel, Saalfeld, Neustadt, Koburg u. s. w. Besprochen wurde, wie das „Saalfelder Volksblatt“ berichtet, dem Parteitag die Regelung der Preisverhältnisse in der Weise vorzuschlagen, daß die jetzt in Wahlkreise vorhandenen Blätter „Thüringer Volksfreund“ (Sonnenberg) und „Thüringer Waldpost“ (Saalfeld) zu einem Blatte zu verschmelzen sind unter dem Titel „Thüringer Volksfreund, Arbeiterorgan für die Wahlkreise Meiningen und Koburg“. Druck, Redaktion und Verlag sind in Saalfeld. Das „Saalfelder Volksblatt“ wird von diesen Beschlüssen nicht berührt und erscheint auch in Zukunft, wie bisher, täglich. Allseitig wurde ein Sinken der Arbeitslöhne konstatiert.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Obersthausen (Hessen) siegen sämtliche vier Arbeiterkandidaten über die Kandidaten der Ultramontanen. Erstere erhielten 108—111 Stimmen, letztere 76.

Militarismus und Zivil. Aus Harburg wird dem „Hamburger Echo“ folgende merkwürdige Neuigkeit berichtet: Der Arbeiter V. aus Wilhelmshurg erhielt am 22. Mai vom Bezirkskommando Lüneburg einen Gestellungsbesehl, sich am 25. Mai beim Garnisonkommando Harburg zur Verhaftung einer Arreststraße zu melden. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß er drei Wochen Mittelarrest zu verbüßen habe, weil er am Tage der Kontrollversammlung in einer sozialdemokratischen Versammlung gesprochen habe. Alle Einwände, daß dies auf einem Irrthum beruhen müßte, da V. sich der Theilnahme an einer sozialdemokratischen Versammlung nicht bewußt war, nützte nichts; V. wurde sofort in Arrest geführt. Das Schreiben wurde ihm verboten, so daß seine Angehörigen von ihm über seinen Verbleib keine Kunde bekommen konnten. V. bat um Militärbesetzung, um die eigene im Arrest schonen zu können, aber vergeblich. Seitens jüngerer Offiziere sollen ihm Vorträge über die Zwecklosigkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen gehalten worden sein. Wir können nun bestimmt versichern, daß am Tage der Kontrollversammlung eine sozialdemokratische oder sonst eine politische Versammlung auf Wilhelmshurg überhaupt nicht stattgefunden hat. V. konnte somit auch nicht in einer solchen Versammlung sprechen oder derselben auch nur beizuwohnen. Allerdings hat V. am fraglichen Tage an einer Versammlung theilgenommen, aber an einer unpolitischen, rein gewerkschaftlichen, an einer Versammlung der Fabrikarbeiter. Politisches oder Sozialdemokratisches ist in dieser Versammlung nicht vorgekommen. Wie nun die Militärbehörde dazu kommt, V. überhaupt mit Arrest zu bestrafen wegen Sprechens in einer Versammlung, ganz gleich, ob dieselbe eine sozialdemokratische war oder nicht, ist uns unerfindlich. Wohin soll das führen? Schließlich kann man am Tage einer Wahl zum Landtage oder zum Reichstage Kontroll-Versammlungen einberufen und den Theilnehmern an letzteren bei Arreststrafe verbieten, an der Wahl, als einem politischen Akt, theilzunehmen, da ja bekanntlich Militärpersonen an solchen politischen Akten nicht theilnehmen dürfen. Es wäre dringend nothwendig, daß V. auf dem Beschwerdewege die Entscheidung der höchsten Militärbehörde herbeiführt. Sollte diese das Vergehen gegen V. gutheißen, dann werden die Arbeitervertreter im Reichstage sicher nicht verschlen, dort die Sache zur Sprache zu bringen.

Schwer krankenkrank befindet sich der auch den Berliner Genossen wohlbekannte Metallarbeiter W. Knybach im Strafgefängnis zu Dorsten. Derselbe hat sich bei der Redaktion der Zeitschriften in Dorsten eine Reihe von Gefängnisstrafen zugezogen, die er nun in Dorsten verbüßt. Um unfernen Genossen Gelegenheit zur Wiedergewinnung zu geben, ist ihm aus befreundeten Parteireisen angerathen worden, einen Antrag auf Haftentlassung zu stellen und sollen ihm dann die Mittel zum Aufenthalt in einem Luftkurort gewährt werden. Herr Knybach, welcher mit den „Unabhängigen“ gemeinsame Sache macht, wollte sich seiner Zeit um die Unterstüfung seines in Haft gerathenen Redakteurs drücken und kümmert sich auch heute nicht um ihn.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die Erfurter Polizei hat aus einer öffentlichen Volksversammlung — vorigen Sonnabend — die Entfernung der Damen angeordnet, während deren Anwesenheit gesetzlich nur bei Versammlungen politischer Vereine verboten ist.

— Der Erfurter Staatsanwalt hat das Verfahren gegen den dortigen Parteigenossen Gildenberg eingestellt, welcher als Stellvertreter verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribune“ wegen eines über das Kasernenleben veröffentlichten Artikels prozessirt werden sollte, worin man Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen erblickt hatte.

— Genosse Dertel, Redakteur der „Frank. Tagespost“, sollte sich der Beleidigung zweier Gendarmen und eines Polizeidiener schuldig gemacht haben durch Abdruck eines Artikels, in welchem gerügt war, daß ein Arbeiter bei seiner Verhaftung von den Polizeibeamten mit Kolbenstößen regaltet und förmlich zum Arrest geschleift worden sei. Einer der Gendarmen stellte eudlich jede Riphandlung in Abrede, gab aber in der Verhandlung auf Vorhalt des Präsidenten zu, daß er sich zu einigen Kolbenstößen habe hinreihen lassen. Seine Kollegen bestritten die Riphandlungen. Das Gericht erkannte in allen drei Klagepunkten auf kostenlose Freisprechung Dertels, nachdem die Entlassungsgenossen die Richtigkeit seines Artikels im Wesentlichen dargethan hatten.

— Wirkermeister August Wandert, Redakteur der „Kpoldauer Freien Presse“, hat 10 M. Strafe zu bezahlen, weil er am 1. Mai aus dem Dache eines Hauses eine rothe Fahne herausgesteckt und dadurch groben Unfug bezw. Aergerniß erregt haben soll.

— In Barmen gebot am Sonntag, wie die „Eberfelder Freie Presse“ mittheilt, der Polizeikommissar Burghardt in einer Volksversammlung, Fenster und Thüren geschlossen zu halten. Da die Versammlung sehr stark besucht war — ca. 500 Personen sind nach der Schätzung da gewesen — und die Temperatur jetzt im Sommer ohnehin schon sehr hoch ist, so liegt das Unbillige jener polizeilichen Anordnung auf der Hand. Als man den Beamten hierauf aufmerksam machte, erklärte er, das seien seine Sachen. Der Gesehgeber wird bei der Fixirung des Begriffs „Versammlung in geschlossenen Räumen“ sicherlich nicht gewollt haben, daß sogar die Beschaffung frischer Luft durch Öffnen der Thüren und Fenster verboten werde. Hier hätte jedenfalls die Sanitätsbehörde eingzugreifen.

— Das Düsseldorf'er Landgericht hat es abgelehnt, daß Hauptverfahren gegen den Redakteur der „Niederrheinischen Volkstribüne“ zu eröffnen, welcher durch Beilegung der „Neuen Welt“, und zwar derjenigen Nummer, in welcher die Uebersetzung der Marxelliste und ein auf deren 100jährigen Geburtstag Bezug habender Artikel abgedruckt war, gegen § 181 des St.-G.-B. verstoßen haben sollte. In den von der Staatsanwaltschaft intrinirt gewesenen Stellen der Marxelliste und des Artikels könne eine Aufregung zu Gewaltthätigkeiten nicht erblickt werden. Zur Zeit lägen keine besonderen Umstände vor, welche eine derartige Aufregung dem Interesse der sozialdemokratischen Partei förderlich erscheinen ließen und die Ausföhrung von Gewaltthätigkeiten begünstigten, wie denn auch thätig insolge des Abdrucks und der Veröffentlichung der intrinirten Stellen die Neigung zum Begehen von Gewaltthätigkeiten nicht gesteigert worden sei.

Lokales.

Aus dem „Dispositionsfonds“ des Magistrats sind jene Gelder geflossen, welche für die Dekoration der Straße Unter den Linden bei der jüngsten Anwesenheit des italienischen Königs paares gebraucht wurden. Dieser „Dispositionsfonds“ ist eine vorzügliche Einrichtung insofern, als sie den Magistrat der Sorge überhebt, sich von der Stadtverordneten-Versammlung erst die Summe bewilligen zu lassen, welche der Magistrat für irgend einen Zweck braucht. Die Regierung kommt bekanntlich ohne ihren „Dispositionsfonds“ auch nicht aus, sie läßt sich denselben von den Parlamenten bewilligen. Zu welchen Zwecken diese Fonds früher verwendet wurden und wahrscheinlich noch jetzt verwendet werden, ist unseren Lesern zur Genüge bekannt. Der frühere Wessensfonds war auch ein Dispositionsfonds und Niemand hat mehr gedonnert und gewettert gegen die Verderblichkeit und Unmoral dieses geheimen Fonds als die braven Freisinnigen. Wenn sie aber nun in dem städtischen Parlament hübsch unter sich sind, dann ist ihnen ein Dispositionsfonds sehr willkommen, um unliebamen Debatten und vor Allem der Kritik über gewisse liebedienliche Ausgaben zu entgehen.

Das Reichsgesetz über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften vom 10. Mai d. J. tritt nunmehr am 1. Juli d. J. in Kraft. Nachdem der Bundesrath Ausführungsvoorschriften erlassen hat, ist für die preussischen Behörden noch eine besondere Anweisung der Minister des Innern und der Finanzen ergangen. Es sind hieraus folgende Punkte hervorzugeben:

Die Gemeindebehörde, welche die Anmeldung des Anspruchs auf Unterstützung entgegennimmt, hat festzustellen, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Dauer derjenige, für dessen Familie Unterstützung nachgesucht wird, zur Uebung einberufen ist. Zu diesem Zweck wird in der Regel der Gestellungsbesehl oder der Militärpasp des Einberufenen einzusehen sein. Nach Anordnung der Militärbehörde werden die Mannschaften des Beurlaubtenstandes bei den Kontrollversammlungen darüber belehrt werden, daß — wenn derartige Unterstützungsanträge vor Beginn der Uebung gestellt werden, der Gestellungsbesehl — wenn sie nach beendigter Uebung gestellt werden, der Militärpasp als Ausweis vorzulegen ist.

Als Lieferungsverbände gelten die Kreise (Stadt- und Landkreise). Die Organisation und Vertretung der Lieferungsverbände regelt sich nach den Bestimmungen in den §§ 6—9 des Gesetzes über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 25. Februar 1888. Die Geschäfte der dort vorgeordneten Kommissionen sind in den Landkreisen von den Kreis-Ausschüssen, in den Stadtkreisen von den Magistraten oder von Kommissionen, welche nach den Kommunalverfassungsgesetzen zu bilden sind, wahrzunehmen.

Ueber die Stelle, welche die Auszahlung der angewiesenen Unterstützungsbeträge zu bewirken hat, sind weder in dem Gesehe vom 10. Mai 1892, noch in den Ausführungsvoorschriften des Bundesraths nähere Anordnungen getroffen. Es wird dies nach den besonderen Verhältnissen so zu regeln sein, daß die Unterstützungsberechtigten schnell und leicht das ihnen Gebührende in Empfang nehmen können.

Nach § 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1892 sind auch für die ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli 1892 abgelaufenen Uebungen nachträglich Unterstützungen zu gewähren, sofern der Anspruch innerhalb einer Frist von vier Wochen bei der Gemeindebehörde angemeldet wird; die Frist beginnt, wenn die Uebung vor dem 1. Juli 1892 bereits beendet war, mit dem 1. Juli 1892, anderenfalls mit dem Tage der Beendigung der Uebung.

Was hat der Buchdruckerstreik gekostet? Das der gewaltige Ausbruch der Buchdrucker Deutschlands diesen Sommer verschlungen hat, steht außer Frage, doch hat bisher Positives hierüber nicht verlautet. Einen ungefähren Begriff erhält man indessen durch die nunmehr erfolgte Abrechnung der Streik-Kommission der Berliner Buchdrucker über den Berliner Streik. Aus derselben ist zunächst zu ersehen, daß höchst beträchtliche Summen aus außerdeutschen Ländern zur Unterstützung der Streikenden eingeleitet sind, und zwar kamen aus Österreich-Ungarn 80,884,97 M., der deutschen Schweiz 9,077,55 M., der französischen Schweiz 1,076,28 M., Elsass-Lothringen (Weimarsaender) 553,90 M., Luxemburg 650 M., Italien 1426,25 M., Frankreich 3187,31 M., Belgien 864,16 M., Holland 131,77 M., Spanien 990 M., Dänemark 1992,25 M., Schweden 2418,33 M., Norwegen 1064 M., Rußland 590,10 M., Bulgarien 162 M., Serbien 50 Mark, Rumänien 16,30 Mark, Amerika 21 134 Mark, England 59 083,36 Mark, Australien 263,67 Mark, was allein zusammen 153 959,10 Mark ausmacht. Das nun speziell Berlin betrifft, woselbst die Zahl der Streikenden 2118, und zwar 1868 organisierte und 250 nicht organisierte Buchdruckergehilfen, 47 Hilfsarbeiter und 280 Hilfsarbeiterinnen betrug, so wurden hier allein 384 901,31 M. verausgabt und zwar für: Streikunterstützung an die organisierten Buchdruckergehilfen Berlins 333 260,55 M., Streikunterstützung an die nichtorganisierten Buchdruckergehilfen Berlins 14 071,50 M., Streikunterstützung an die Hilfsarbeiter 3899 M., Streikunterstützung an die Hilfsarbeiterinnen 21 296,95 M., Extra-Unterstützungen 2537,20 M., Zuschüsse zu Wohnungsmietzinsen 2714 M., Unkosten bei Befehung der Bahnhöfe 1723,90 M., Ausgaben für die Kommissionsmitglieder in Gratwohl's Verhale 1425,55 M., sonstige Ausgaben (für Bewohnen von Versammlungen anderer Gewerke, Zusammenkünfte mit zugewiesenen Kollegen, Fahrgeelder, Gänge u. s. w.) 457,20 M. Drucksachen, Inserate 2830,40 M. Verteilung der Flugblätter 166,45 M., Porto und Telegrame 65,46 M. und Bureau-Unterstützungen 190,72 M. Von Interesse dürfte es nunmehr sein, zu erfahren, auf welche Weise diese bedeutenden Gelder aufgebracht worden sind. Die Abrechnung geht auch darüber Auskunft und ersehen wir aus ihr, daß aufgebracht wurden durch freiwillige Beiträge: Von Arbeitervereinen z. B. 595,45 M., von anderen Arbeitern z. B. 3254,01 M., durch Sammelkisten 20 582,59 M., durch Zeitschriften auf Sammelkisten 32,10 M., von Buchdruckern Berlins 67 988,09 M., in Darlehen 13 390 M., durch Zuschuß vom Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker und vom Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer 261 009,79 M. Die Rechnung schließt für Berlin bei einer Gesamteinnahme von 385 692,03 M. mit einem Ueberschuß von 190,72 M. als Barbestand ab. Die Abrechnung ist von einer ordentlichen und einer außerordentlichen Revisionskommission des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer geprüft und für richtig befunden worden.

Die „Schreibersubjekte“, — so pflegt der Bourgeois seine Tinten-Kulis zu bezeichnen — gehören ohne Zweifel zu jener Klasse von Proletariern, die das trübste Dasein führen müssen. Der Lohn für ihre Arbeit, „Gehalt“ nennt es der „Prinzipal“ überflüssiger Weise, ist ein so geringer, daß die Schreiber eine Lebenshaltung zu führen gezwungen sind, die noch unter derjenigen steht, welche der Arbeiter im Durchschnitt führen kann. Dazu kommt bei den Schreibern noch ein gewisser Aufwand für Wäsche und Kleidung, welchen der Arbeiter zu machen nicht gezwungen ist. Und mag dieser Aufwand ein noch so geringer sein, mag der Papierkauf schon geredet, die Nächte des Nodens mit Dinte geschwärzt, die Stiefeln mit Nästern versehen sein, bei einem so geringen Etat macht sich auch die geringste Ausgabe bemerkbar. Die Arbeit der Schreiber ist eine sehr ungesunde. Jahr für Jahr in dem dumpfen Bureau sitzend, Stunde für Stunde über die Arbeit gebeugt, bedingt, daß die Proletariatskrankheit aus jenen Kreisen zahlreiche Opfer fordert. Die Arbeitszeit ist eine lange. Während gerade bei dieser Beschäftigung der Achtstundentag eine Notwendigkeit wäre, ist hier eine Arbeitszeit von 10 Stunden die geringste Leistung. Sehr oft wird gearbeitet, so lange Arbeit vorhanden ist, sehr oft nimmt sich der Schreiber nach Arbeit mit nach Haus und sieht die halbe Nacht hindurch, um nur noch etwas „nebenbei“ zu verdienen.

Was bei einer solchen Thätigkeit für ein Leben geführt wird, bedarf keiner Erörterung, und wenn einer oder der andere dieser Tintenproletarier es vorzieht, diesem erbärmlichen Leben freiwillig ein Ende zu machen, so kann sicher Niemand auf diesen armen Menschen einen Stein werfen. Ein 19jähriger Schreiber hat dieser Tage „infolge unzureichenden Verdienstes“ sich das Leben genommen, indem er sich durch Alkohol vergiftete. Er leerte einen Liter Nordhäuser, wurde bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhaus transportiert, wo er wenige Stunden später verstarb. Ein „christliches“ Begräbniß fand natürlich nicht statt, der „Selbstmörder“ wurde ohne Sang und Klang eingescharrt.

In einer Mitgliedsversammlung des Vereins „Zukunft“ wurde endlich der Beschluß gefaßt, aus dem „Verein“ auszutreten und eine selbständige „freie Hilfskasse“ zu gründen. Das hätte nur längst geschehen sein sollen. Der Verein, der an die Person des Direktors gebunden ist, ob derselbe das Vertrauen genießt oder nicht, den sämtlichen Mitgliedern nicht zu befehligen im Stande wären, es sei denn, daß sie ihm lebenslänglich einen Ministergehalt sichern, beiträgt, der muß auch die Folgen tragen.

Die Polizei hat den Inhabern der hiesigen Geschäfte anfragen lassen, daß sie fortan ihre weiblichen Arbeiterinnen, die bei ihnen in Werkstätten etc. beschäftigt sind, an den Sonntagen und an den Tagen vor den Festtagen pünktlich um 1/2 Uhr zu entlassen haben, wie es das neue Arbeiter-Gesetz vorschreibt. Bisher hatte man hier, wie „Der Konfessionar“ schreibt, die Ausübung dieses Gesetzes-Paragrafen noch nicht überwacht; von jetzt ab aber wird auf Einhaltung der neuen Gesetzesvorschriften streng gesehen werden.

Die gestrige Meldung, daß der Prozeß gegen den Kaufmann Abrahamson, bei welchem der Kammerherr Graf v. Gersdorff eine Rolle spielt, am 6. Juli zur Verhandlung kommt, trifft nicht ganz zu. Thatsächlich war ein Termin zur Hauptverhandlung auf den 7. Juli angesetzt, derselbe ist aber wieder aufgehoben worden, weil, nachdem über den Aufenthalt des Grafen v. G. bereits 3 Adressen vorlagen, welche zu einer Ermittlung desselben nicht führten, neuerdings eine neue Adresse desselben angegeben worden war und doch noch der letzte Versuch gemacht werden soll, denselben kommissarisch zu vernehmen. Der Zivilprozeß des Grafen v. G. gegen A., dessen endgiltige Entscheidung wesentlich von dem Ausgang dieses Strafprozesses abhängen wird, ist in erster Instanz auch nicht vollständig, sondern nur zum Teil zu Gunsten des Grafen v. G. ausgefallen.

Auf der Straße plötzlich irrsinnig geworden ist am Dienstag Nachmittag eine etwa 40jährige Frau. Die Betreffende, deren Name bis jetzt noch nicht ermittelt werden können, schleppte sich gegen 2 Uhr, anscheinend durch die Hitze ermattet, durch die Meyerbeerstraße und brach schließlich vor dem Hause Nr. 9 zusammen. Plötzlich sprang die Kranke wieder empor und lief fortgesetzt laut um Hilfe rufend im Kreise umher; jede Frage theilnehmender Personen beantwortete die augenscheinlich plötzlich wahnsinnig Gewordene dahin, daß sie nicht fort könne und auf diese Stelle gebannt sei. Schließlich mußte ein Schuhmann herbeigeholt werden, welcher die Unglückliche nach der nahegelegenen Heilwache in der Neuen Königstraße schaffte; die Kranke, deren Personalien nicht festgestellt werden konnten, scheint eine Obdachlose zu sein.

Zwei Diebstahlsfälle werden uns vom Dienstag gemeldet. In der Frankfurter Allee, in der Nähe der Liebigstraße, brach gegen 1/2 Uhr Mittag ein auf dem Wege nach der Arbeitspäße

befindlicher Maurer Herrmann Klein in der Kopenstraße wohnt, plötzlich zusammen und mußte, da ein in der Nähe wohnender Arzt Symptome des Hitzschlags an Klein konstatierte, nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshagen mittelst Droschke überführt werden. — Gegen 3 Uhr Nachmittags brach am Prenglaer Thor ein unbekannter sehr corpulenter Mann, aufscheinend den wohlhabenden Klassen angehörig, zusammen, der gleichfalls von einem Hitzschlaganfall betroffen war. Nach längerem Bemühen gelang es, den Bewußtlosen wieder ins Leben zurückzurufen, und der Kranke wurde dann mittelst Droschke nach dem Bahnhof Alexanderplatz geschafft, um von dort aus die Fahrt nach Friedrichshagen, wo Verwandte desselben wohnen, anzutreten.

Das Schicksal der Frau Dr. Prager wird sich nunmehr in Gemäßheit des gegen sie ergangenen schwurgerichtlichen Erkenntnisses erfüllen. Die sowohl Seitens der Verteidigung als auch Seitens des Ehemannes unternommenen Schritte zur Umwandlung der sechsjährigen Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe haben dem Vernehmen nach keinen Erfolg gehabt. Die Ueberführung der Verurteilten aus dem Untersuchungsgefängnis, in welchem sie noch immer sitzt, nach dem Zuchthaus in Jauer steht infolge dessen unmittelbar bevor. Frau Dr. Prager ist hiervon bereits in Kenntniß gesetzt worden.

In der Nebelver-Nähe, welche gegen den Gastwirth Ludwig Werner in Weiskes ein Strafverfahren wegen Todtschlags im Gefolge gehabt hat, ist demselben jetzt die Anklage zugefügt worden. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II wird noch in der im nächsten Monat kurz vor den Gerichtsferien beginnenden Periode stattfinden.

Zwei vornehme Nowidies sind Dienstag Nachmittag nach längerer anregender Verfolgung dingfest gemacht worden. Ueber die standalöse Affäre erfahren wir folgendes: Die junge, hübsche Frau eines in der Wendelsohnstraße wohnenden Arbeiters L. wurde vor einigen Tagen auf der Straße von einem elegant gekleideten Herren angesprochen, der sie fragte, was ihr Mann, den er genau kenne, denn mache. Frau L. antwortete höflich darauf und erzählte, daß ihr Mann gegenwärtig zur Werbung eingezogen sei und nun wüßte der Fremde der Arglosen geschickt die Adresse ihrer Wohnung abzugewinnen, worauf er sich empfahl. Gestern Nachmittag fuhr eine Droschke erster Klasse vor dem Hause, in welchem Frau L. wohnt, vor, zwei echte „Wigeln“ entstiegen dem Wagen und bejahen dem Kutscher, zu warten, bis sie zurückkämen. Dann stiegen Beide die Treppe empor, bemerkten jedoch nicht, daß ein Dritter, der Ehegatte der jungen Frau, welcher seine Werbung beendet hat und von der Arbeit zurückkehrte, gleichfalls die Treppe emporstieg und verwundert auf die vornehmen Herren blickte, welche laut lachend an der Thür seiner Wohnung gegen. Auf die Frage des Arbeiters, was sie denn wollten, wurden Beide grob und erklärten, daß ihn das garnichts angehe und als darauf L. meinte, daß er der Wohnungsinhaber sei, wollten sie ihm die Knochen entzwei schlagen, wenn er sich nicht seines Weges schere! Ohne sich um den fassungslosen zu kümmern, schlugen die Nowidies nunmehr die Thürschwelle entzwei und warfen sich, als L. dies zu verhindern versuchte, auf denselben. Auf die Hilferufe des Arbeiters kamen Hausbewohner herbei und nun ergriffen die Eindringlinge die Flucht, warfen sich in die Droschke und forderten den Kutscher auf, so schnell er könne davon zu jagen. Das flüchtende Gefährt kam jedoch nicht weit, in der Volbringerstraße wurde der eine der Buschen aus der Droschke gezogen und der zweite, der während der Fahrt aus dem Wagen gesprungen, in der Friedenstraße, von den Verfolgern, die nach Hunderten zählten, eingeholt. Beiden wurden eine Dynastie in umfassendem Maße von der empörten Volksmenge zu Theil und blutbestäubt, mit zeretzten Kleidern wurden sie nach der Polizeiwache in der Regierstraße geschafft, woselbst ihre Personalien, die auf einen Rentier St. aus der Potsdamerstraße und auf einen Privatier L. in der Bülowstraße lauten, festgestellt wurden. (Wir möchten den Berichterstatter doch ersuchen, derartige Stroiche mit dem vollen Namen bekannt zu geben. Die beste Sühnung ist die öffentliche Stellung an den Pranger.)

Polizeibericht. Am 28. d. Mitt. wurde im Spandauer Schiffsahrts-Kanal, gegenüber dem Hause Rielersir. 20, die Leiche eines Mannes angeschwommen. — Vormittags sprang ein siebenjähriger Knabe, angezogen aus Furcht vor Strafe wegen einer sehr schweren Arbeit, gegenüber dem Grundstück Engel-Ufer 8 in den Konfessionskanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und später nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Vor dem Hause Wilmarsir. 4 fiel Nachmittags ein achtjähriger Knabe von einem beladenen Steinwagen herab, geriet unter die Räder desselben und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Gegenüber dem Grundstück Waterloo-Ufer 17 stürzte ein achtjähriger Knabe beim Spielen in den Landwehrkanal, wurde jedoch von dem Ziegeleibehrer Bading aus Herzfelde mit eigener Lebensgefahr gerettet und seinen Eltern zugeführt. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden 5 Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Die Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen zu Stunde kommen, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurde der Vater Oskar Schmidt vorgeführt, welcher sich in unehrlicheren Äußerungen gegen den Kaiser ergangen haben sollte. Der Angeklagte berief sich auf seine makellose Vergangenheit und behauptete, daß er unmöglich die beanstandeten Äußerungen ausgesprochen haben könne, da sie mit seiner Gesinnung im Widerspruch ständen. Als Zeuge trat der Waldemarstraße 30 wohnhafte Schneidermeister Kühn auf, welcher folgende Aussage machte: In einem April-Nachmittage habe er die Klein'sche Restauration in der Waldemarstraße betreten. Nüher dem Wirth sei nur eine Person ausgegangen gewesen, der ihm damals unbekanntes Angeklagte, welcher in einer Ecke gesessen und so fest geschlafen habe, daß er ihn nicht gesehen habe. Der Zeuge habe dem Wirth gegenüber sein Verwundern ausgedrückt über den schlafenden Gast, worauf ihm zur Antwort wurde: „Der sitzt schon seit Vormittag so“. Nun habe der Zeuge den fremden Mann aus dem Schlafe gerüttelt und ihm gesagt: „Schlafen Sie doch nicht hier. Seine Majestät sollte ganz anders mit Ihnen verfahren“. Vorstehender Landgerichts-Rath Althaus: Hören Sie mal, Zeuge, wenn es schon sonderbar erscheinen muß, daß Sie das Schlafen des fremden Mannes nicht dulden wollten, obgleich der Wirth es Stundenlang gelitten hatte, so ist es doch weit auffälliger, daß Sie den Namen des Kaisers mit einer solchen Vergeltung in Verbindung brachten. Wie in aller Welt kamen Sie denn dazu? — Zeuge: Ich habe mir garnichts dabei gedacht. — Vorst.: Dann muß ich Ihnen sagen, daß es ungehörig ist. Sie haben außerdem den Mann ja geradezu provoziert. Der Zeuge beklundet weiter, daß der Angeklagte beim Erwachen eine strafbare Äußerung gegen den Kaiser gethan habe. Der Zeuge sei dann sofort zum nächsten Polizeibureau gegangen und habe den Angeklagten wegen Majestätsbeleidigung angezeigt. Derselbe sei sofort verhaftet worden. Der Angeklagte ließ dabei, daß ihn von den Äußerungen nichts bewußt sei. Er habe die ganze Nacht zuvor arbeiten müssen und sei deshalb noch völlig schlaftrunken gewesen, als der Zeuge ihn aufrüttelte. Durch die Geschichte sei ein schweres Unglück über ihn gekommen, da er seit April verhaftet sei und seine Arbeit verloren habe. Der Staatsanwalt

hielt eine Majestätsbeleidigung für vorliegend und beantragte dafür das zulässig niedrigste Strafmaß, 2 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm indessen an, daß der Angeklagte sich in seiner Schlaftrunkenheit der Tragweite seiner Äußerung nicht bewußt gewesen und fällt daher ein freisprechendes Urtheil.

Die Handlungsweise des Schneidermeisters Kühn zu charakterisieren, haben wir nicht nötig. Wohl aber müssen wir uns fragen, wo bleibt die Sicherheit des Bürger, wenn Einer nur auf die Polizei zu eilen braucht, um zu sagen: Der und Jener hat an den Kaiser geschimpft; und so Jemanden auf Monate ins Gefängnis zu bringen. Wer ersieht dem armen Vater, was er erlitten? Freilich, in einer Zeit und in einer Gesellschaft, in der die Denunzianten sich als „Patrioten“ aufspielen können, sind solche Vorkommnisse nicht verwunderlich.

Der Buchdruckereibesitzer Georg Kühn, Leipzigerstraße Nr. 115/116 stand am 28. d. M. vor den Schranken des Königl. Landgerichts I, Strafkammer 4, angeklagt wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung. Kühn hatte sich dadurch strafbar gemacht, daß er seinen jugendlichen Hilfsarbeiterinnen die gesetzlich bestimmten Pausen nicht gewährt hatte. Zur Entlastung führte er an, daß sein inzwischen entlassener Faktor der allein Schuldige sei, denn dieser hätte die Lohn-, sowie sonstigen Arbeitsbedingungen zu regeln gehabt. Die Beweisaufnahme ergab indeß, daß Kühn sein Personal selbst zu allen Zeiten des Tages beaufsichtigte, somit auch die alleinige Verantwortung trug. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 50 M. bezw. 5 Tage Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte nur 20 M. Geldstrafe beantragt.

Wegen Bravorufens im Gerichtssaal wurde gestern der Rentier Michaelis, Royalstraße 2, zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilt. Er wohnt als Zeuge einer Betrugsanklage bei, die mit Freisprechung endigte, nachdem der Kaufmann Siegmund Blum aus der Grünstraße für den Angeklagten günstig ausgesagt hatte. Der Staatsanwalt griff sich aus den Bravorufereien den Herrn Michaelis heraus und stellte den Straf Antrag.

Unter der Anklage des Betruges stand gestern der Kaufmann Otto Schwarz vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte machte durch die Zeitung bekannt, daß er sein Breitstraße 7 belagertes Zigarrengeschäft verlaufen wolle. Einem Kaufliebhaber schilderte er den Stand des Geschäftes in übertrieben günstiger Weise, er gab den Monatsumsatz auf Grund seiner Bücher auf ca. 8000 M. an. Der Verkauf wurde abgeschlossen. Der neue Eigentümer machte die Erfahrung, daß der Umsatz weit hinter den Angaben des Angeklagten zurückblieb und daß der für das Geschäft gezahlte Preis ein viel zu hoher gewesen sei. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte, der nebenbei Kaffee von Koftabaten war, auch den hieraus erzielten Gewinn zu der Tageslohn geworfen hatte. Der Staatsanwalt hielt es für zweifellos, daß der Angeklagte in betrügerischer Absicht gehandelt und beantragte gegen denselben einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte unter Berücksichtigung der Unbescholtenheit des Angeklagten auf eine Geldstrafe von 300 M.

Einen neuen Beitrag zum Kapitel des groben Unfugs lieferte eine Verhandlung, welche gestern vor der 132. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Dem Arbeiter G. war eines Tages an der Jannowbrücke der Hut vom Kopfe und in die Seece geflogen. Er eilte zum Ufer hinunter, löste den Rettungskahn und holte sich seinen Hut mit Hilfe desselben wieder. Ein Schuhmann brachte ihn zur Anzeige, worauf G. wegen groben Unfugs ein Strafmandat in Höhe von 8 M. erhielt. Er beantragte richterliche Entscheidung. Der Amtsanwalt wollte den Straf Antrag aufrecht erhalten wissen. Der Rettungskahn sei zur Rettung von Menschen da und dürfe nicht vom Publikum bei jeder Kleinigkeit benutz werden, wie es ebenfalls verboten sei, die Feuerwehrt in unzulässiger Weise zu alarmiren. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Der Rettungskahn solle bei Unfällen dienen und der Begriff des Unfalls lasse sich nicht genau begrenzen. Für den Angeklagten sei der Verlust seiner Kopfbedeckung vielleicht ein Unfall, ein grober Unfug könne in seiner Handlungsweise jedenfalls nicht gefunden werden.

Im Prozesse Heintze geht die Beweisaufnahme verhältnißmäßig schnell vorwärts, denn es sind bis zum gestrigen Tage bereits ca. 30 Zeugen vernommen worden. Dem Vernehmen nach bietet die erneute Zeugenvernehmung das getreue Spiegelbild der vorigen und die Angeklagten suchen in derselben trostigen Manner, wie bei der vorigen Verhandlung alle gegen sie sprechenden Verdachtsmomente zu entkräften. Frau Heintze bekam vorgestern wieder einmal so bedeutende Anwendungen von Schwäche, daß der Vorstehende ihr anheimgaben mußte, sich zu überlegen, ob sie der Verhandlung auch folgen könne, da andernfalls die Anklage gegen ihren Ehemann allein weiter verhandelt werden müßte. Die Angeklagte erholte sich jedoch bald wieder, nachdem sie auf kurze Zeit hinausgeführt worden war, als sie aber wieder zum Gerichtssaale zurückkehrte, äußerte sie zu den Umstehenden: „Meine Grube ist ja schon gegraben, ich werde ja doch bald todt sein, mir kann also Alles egal sein!“ Etwas dramatisch soll die Verhandlung geworden sein, als Frau Uthes, bei welcher das Heintze'sche Ehepaar in der Veteranenstraße 18 gewohnt hatte, vernommen wurde und ihre die Angeklagten schwer verdächtigenden Aussagen der ersten Verhandlung wiederholt hatte. Als dann die Stiefschwester der Frau Heintze, Wittwe Hahn, welche gleichfalls in der Uthes'schen Wohnung eine Stube innehatte, als Zeugin erschien, brach Frau Heintze in Thränen aus, hielt ihrer Stiefschwester vor, daß sie die einzige Person in der Welt gewesen sei, welcher sie sich eng verbunden fühle und wal die Zeugin, doch ja sich möglichst genau der Vorgänge in der Uthes'schen Wohnung in der Nordstadt zu erinnern. Die Aussagen der Frau Hahn waren von keiner großen Tragweite. Sehr lebendig soll es dagegen bei der Vernehmung des Belastungszeugen Karl Pfister zugegangen sein, welcher mit der Wittwe Hahn in freundschaftlichem Verkehr stand und schon das vorige Mal über das getrübt eheliche Verhältniß der beiden Angeklagten, die Drohungen der Frau gegen den Ehemann, die gelegentlichen Selbstmordversuche der erstere u. s. w. sehr gravirende Aussagen machte, welche die Angeklagte wiederholt in die heftigste Wuth versetzten. Es war dies der Zeuge, welcher trotz aller Einwendungen gegen seine Glaubwürdigkeit immer „auf seinem Punkte verblieb.“ Auch bei seiner gestrigen Vernehmung soll es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und der Angeklagten Heintze gekommen sein, doch wiederholte er im Allgemeinen seine belastenden Aussagen. Längere Zeit nahmen gestern die Vernehmungen der Kriminalkommissare Braun und Rehmman in Anspruch. Beide schon so viele Jahre im Dienste der Kriminalpolizei stehende Beamte vertreten nach wie vor die persönliche Ueberzeugung, daß es sich bei der Ermordung des Nachwächters Braun nicht um einen Rache-Mord, sondern um die That ertappter Einbrecher handelt. Beide Beamte halten es nach den gesammelten begleitenden Umständen für ganz unzweifelhaft, daß in der That Diebe in jener Nacht einen Einbruch in die Elisabethkirche versucht haben und dabei vom Wächter Braun ertappt worden sind. In dem dabei entbrannten Kampfe hat der Wächter dann sein Leben verloren. Nach den Befundungen dieser beiden Kriminalbeamten geben sich „Korruptionen“ der Verbrecherwelt mit Kirchendiebstählen überhaupt nicht ab, weil sie wissen, daß in den Berliner Kirchen nicht viel zu holen ist. In den letzten 14 Jahren sind nur etwa drei Kirchendiebstähle in Berlin bekannt geworden, und diese Art von Einbrüchen ist das Resort der sogenannten „Fausen“, zu denen auch Heintze gerechnet wird, d. h. derjenigen Verbrecher, die hier einmal eine Hofe von dem Gänge eines Ladens abhängen, dort gelegentlich einen Schwallen erbrechen, kurz, sich mit Kleinigkeiten begnügen. Um den

Geschworenen klar zu machen, was ein „Urde“ ist, hatte Kriminalkommissar Kestmann gestern ein solches gewichtiges Einbruchswerkzeug mit zur Stelle gebracht. Im Allgemeinen spielt sich die Verhandlung ziemlich ruhig und geschäftsmäßig ab und es fehlt gänzlich an jenen Zusammenstößen zwischen der Prozessleitung und der Verteidigung, welche in der ersten Verhandlung im Uebermaße zu verzeichnen waren. Der Fehler eines Ausschusses der Öffentlichkeit zeigt sich bereits darin, daß allerlei unkontrollierbare Einzelheiten über den Gang der Verhandlung ihren Weg ins Publikum finden. Dazu gehört auch die folgende Behauptung, welche ziemlich sicher auftritt: Seit dem letzten Verhandlungstermin sollen Seitens der Behörden eingehende Nachforschungen bei denjenigen Inhaftierten der Zuchthäuser und Gefängnisse stattgefunden haben, die in Gemeinschaft mit einem der beiden Angeklagten Strafe zu verbüßen hatten. Darunter soll sich auch eine in Berlin internirte Jungin Cohn befinden, welche einmal mit der Heintze zusammen gewesen hat. Dieser gegenüber soll die Heintze angeblich die Vorgänge bei der Ermordung des Wächters genau geschildert und die Sache als Todtschlag dargestellt haben, an welchem ihr Ehemann und eine andere namenshaft gemachte Person theilhaftig gewesen seien. Dieser angebliche Mithäter soll seit längerer Zeit in Dalldorf als geisteskrank internirt sein. Der Vortheil einer öffentlichen Verhandlung würde darin bestehen, daß über solche Dinge volle Klarheit unter das Publikum gebracht würde. Diesem wird übrigens angenommen, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit während der Dauer der Plaidoyers aufgehoben werden würde, da die Neben des Staatsanwalts und der Verteidiger gewiß so gehalten sein können, daß ihr Inhalt der Öffentlichkeit nicht Gefahr bringt, während die Plaidoyers andererseits der Allgemeinheit die Ergebnisse der Verhandlung in anschaulichem Bilde unterbreiten könnten. — Die Zahl der ehemaligen Witzfangenen des Heintze, welche morgen bezw. übermorgen als Zeugen erscheinen sollen, ist diesmal noch größer als das vorige Mal. Der Hauptzeuge dieser Kategorie, der bekannte Sohn des „Pallfaden-Karl“ Bellevue, welcher zur Zeit wegen Kuppelrei in Untersuchungshaft sitzt, soll dem Vernehmen nach, auch in der Aussage des in Chicago vernommenen Zeugen Jutz eine Rolle spielen. Er wird den Gerichtssaal nach dieser Richtung hin ohne Furcht betreten können, denn ihm steht der sicherste Alibi-Beleg zur Seite: er hat sich zur Zeit des Mordes im Gefängniß befunden.

Soziale Ueberblick.

Aufruf an die Arbeiterschaft Berlins!

Am 1. April — am Geburtsstage des erbittertesten Unterdrückers jeder freien Volksaufklärung — vollendete ihr erstes Lehr- und Vorkursjahr die Berliner Arbeiter-Bildungsschule — dieses im Januar v. J. in flammender Begeisterung gegangene, ureigene Geisteskind der Berliner Arbeiterschaft!

Nach glücklicher Ueberwindung der üblichen Kinderkrankheiten, nach siegreicher Bekämpfung der zahllosen offenen und versteckten verleumderischen und böhmischen Angriffe steht diese Organisation, auf festen Fundamenten erbaut, heute in voller Frische und Lebensfähigkeit, gesund und rüstig da — zur Freude und Lust unserer Freunde, zum Trost unserer Feinde!

Aber wie die Erfolge dieses ersten Schuljahres unsere gemeinsame Anstrengung und Opferthätigkeit nicht erlahmen lassen dürfen, so sollen uns die die da eingetretenen kleinen Mißerfolge auch nicht irre machen: jeder neue Erfolg sei uns ein neuer Sporn zu neuen Siegen, jedes kleine Mißlingen ein neuer Stachel zu verdoppelter Energie. In diesem Sinne lassen wir auch die, von dem sonst so freigebigen Magistrat verweigerte Verweigerung der Schulräume auf, die uns nur wieder einmal so recht klar beweist, daß sich die Berliner Arbeiterschaft im Vorwärtsschreiten nach dem erhabenen Ziel am besten auf sich selbst verläßt!

Arbeiter! Arbeiterinnen! Einzig in Eurer Hand, in Eurer Macht allein liegt es, dieses hehre Ziel mit uns zu erreichen; tretet ein in die Arbeiter-Bildungsschule! Nehmt Theil an den Unterrichtsstunden! Benutzt die Bibliothek in den Schullokalen! Werbt neue Freunde zu den alten! Fordert unser Werk — es ist Euer Werk! Erlahmt nicht, erschlaft nicht in dem schweren, in dem heißen Ringen — Ihr kämpft um Eure höchsten, heiligsten Güter!

Freilich — die überaus traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen Manche von Euch, der sich herzlich gern, sei es in deutscher Sprache, Geschichte, Nationalökonomie, sei es in anderen Sprachen, wissenschaftlich und rednerisch weiterbilden möchte, zu schmerzlichem Verzicht; aber — abgesehen von den Arbeitslosen, denen selbstverständlich das Schulgeld gekündet wird — es sind doch noch recht Viele, die sehr wohl am Unterricht theilnehmen könnten; namentlich die jüngeren unverheirateten Arbeiter und die noch keinem Vereine angehören. Diesen sei unser Aufruf ganz besonders ein Bed- und Mahnruf!

Aber auch an die Mitglieder der Gewerkschaften und aller Arbeitervereine Berlins richten wir unseren Appell. Dabei liegt und nicht fern, als der Gedanke, diesen Vereinigungen Abbruch zu thun oder ihnen Vorstehen irgendwie zu nahe zu treten; im Gegentheil: wir bitten in offener, freundschaftlicher Gesinnung die Vorstände aller dieser Vereine, den Mitgliedern die Berliner Arbeiter-Bildungsschule dringend zu empfehlen, denn dieselbe ist ein Durchgangsstadium, aus welchem die Theilnehmer in Wissen und Bildung gereifter und in der Ausdrucksweise rednerisch gewandter hervorgehen und dadurch ihren Stammvereinen in jeder Weise näher kommen.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Wir sind der Ueberzeugung, daß Ihr, die Ihr dies lest, die gewaltige Bedeutung des Wortes „Wissen ist Macht“ voll zu würdigen versteht, und daß Ihr deshalb diesen Aufruf nicht nur unter Euren aufgeklärten und zielbewußten Gesinnungsgenossen, sondern hauptsächlich unter den indifferenten Massen bekannt machen und verbreiten werdet, damit die einzig und allein durch Eure Energie, durch Euren Opfermuth geschaffene Arbeiter-Bildungsschule sich immer mehr und mehr dem in Eurer Seele leuchtenden Ideale nähert, damit sie eine wahre, freie Bildungshätte für die Gesamtheit der Berliner Arbeiterschaft werde: eine geistige Waffenschmiede für die großen heiligen Befreiungskämpfe des geknechteten Proletariats!

Der Wissenschaft und Künste Diener, Vasall der

Wahrheit, Feind dem Schein —

Das soll auch künftig die Berliner Arbeiter-Bildungs-

Schule sein!

Der Vorstand.

J. A.: G. Mattutat.

Zu Stolberg haben die streikenden Arbeiter der Nordischen Glashütte die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen ihre Forderungen bewilligt worden waren.

In Pest streiken die am Parlamentsbau beschäftigten Steinmehnen, an Zahl gegen 300. Sie verlangten Abschaffung des Allford- und Einführung des Tageslohn, was abgelehnt wurde.

Aus St. Gallen erhalten wir vom Komitee der streikenden Schneider die Nachricht, daß mit den Meistern Vereinbarungen getroffen wurden, dieselben aber noch nicht zur Ausführung gebracht worden sind. So lange das nicht geschehen, dauert der Streik unverändert fort und deshalb ist bis auf

Weiteres immer noch jeder Zugang fernzuhalten. Es wird ersucht, das Vorstehende um so mehr zu beachten, als die St. Gallener Schneidermeister der Wahrheit zuwider in allen möglichen Blättern verbreiten lassen, der Streik sei beendet.

Infolge eines Streites zwischen französischen und italienischen Arbeitern in den Steinbrüchen von Comblanchien bei Dijon haben, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, 500 Arbeiter den Ausstand erklärt, sie verlangen die Entlassung der Italiener.

Aus London wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: Schon seit zwei Monaten sind die Glaser und Bleiarbeiter des Baugewerks zu Bolton ausständig. Um nun die Streitigkeiten endgiltig zum Austrag zu bringen, haben die Meister beschlossen, sämtliche Arbeiter auszuschließen, falls die Glaser und Bleiarbeiter nicht den Spruch eines Schiedsamts annehmen. Mehrere tausend Arbeiter werden von der Ausschließung betroffen; da diese von dem Verein der Meister ausgeht, würde sich der Ausstand auf das ganze Lancashire ausdehnen.

Die Berliner Maurer, schreibt der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker, kann man die Pioniere der Lohnbewegungen nennen. Unverhofft berufen sie, sobald ihnen die Situation günstig erscheint, eine Versammlung, bringen ihre Beschwerden und Forderungen vor, sammeln kräftig zu ihrem „Generalfonds“, halten noch einmal in den verschiedenen Stadtbezirken an einem Tage Versammlungen ab, um alle Kollegen mit dem geplanten Vorgehen bekannt zu machen, und schon die nächsten Tage bringen die „Generalversammlung“, welche den Beschluß zu gemeinsamem Vorgehen faßt, der bereits am folgenden Tag ausgeführt wird. So wurde es jetzt wieder gemacht. Die Unternehmer — und es ist eine biffige Sorte, die hier in Frage kommt — dürfen kaum gehaut haben, daß die Arbeiter ihnen wirklich die üblen Passionen der Kohlenbrücker „legen“ würden, denen sie wieder seit langem fröhden, als diese bereits fordernd vor ihnen standen. Und sie mußten die geforderten 55 Pf. für die Stunde bewilligen, so gern sie bisher 45 und 50 Pf. gezahlt hatten — es hieß eben: entweder bewilligen oder Arbeitsniederlegung und „Sperr“. Nur vier Bau-Unternehmer haben die Lohnherabsetzung nicht bewilligt, und diese werden jetzt durch die „Sperr“ entgegenkommender gemacht. Man muß dem Vorgehen der Berliner Maurer ein „Wrao“ zusetzen, sie haben es verstanden, trotzdem viele tausende ihrer Genossen arbeitslos sind, den Arbeitenden wenigstens den nach den Verhältnissen notwendigen Lohn zu verschaffen.

Wir haben diesem Lobe nur noch hinzuzufügen, daß es vom höchsten Vortheil für die ganze Maurerschaft Deutschlands sein dürfte, wenn zwischen den Berliner Maurern, die in ihrer großen Mehrzahl der Vertrauensmänner-Organisation den Vorzug geben, und den Maurern Deutschlands, die so weit sie organisiert sind, an der geschlossenen Organisationsform festhalten, der im Interesse des Maurergewerbes notwendige Ausgleich geschaffen würde. Dazu ist unumgänglich von Nöthen, daß aller persönliche Zant haben und drüben zu scheitern hat. Was Einer dem Anderen für Erbfeinden zugesagt hat, das muß vergessen werden, das ist etwas Persönliches, mit dem sich die Allgemeinheit der Maurer nicht zu befassen hat. Sie braucht erträgliche Arbeitsbedingungen, deshalb hat sie sich organisiert, deshalb bringt sie ungezählte Opfer an Zeit, Geld und Existenz.

Wollen wir hoffen, daß die Erfahrungen bei der jetzigen Lohnbewegung dahin führen, daß der alte und dem fernstehenden ganz unbegreifliche, den Bau-Unternehmern aber sehr willkommene Zant endlich von der Tagesordnung verschwindet.

Die Freie Vereinigung der sächsischen Orts-Krankenkassen richtet, wie der „Kraus. Ztg.“ aus Dresden geschrieben wird, an den Bundesrath das Gesuch, von dem ihm nach § 2 des Alters- und Invaliditätsgesetzes zustehenden Recht Gebrauch zu machen und Hans-Gewerbetreibende, wie es schon bei den Hansarbeitern der Tabakindustrie geschehen sei, für versicherungspflichtig zu erklären. Zu der Vereinigung gehörten am letzten Jahresabschluss 109 Kassen mit 268 107 Mitgliedern, die 4 349 896 M. durch Beiträge aufbrachten. Davon sind für Krankenunterstützung, ärztliche Hilfe, Sierbegeider u. dergleichen 3 063 316 M. verwendet worden. Die Vereinigung will jetzt Stationen für Gesunde einrichten und hat dementsprechende Beschlüsse in ihrer dieser Tage in Dresden stattgehabten Jahresversammlung gefaßt.

Aus Offenbach meldet ein Telegramm, daß die Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher mit 24 gegen 9 Stimmen das Weiterbestehen der Kasse als eingeschriebener Hilfskasse beschlossen hat.

Versammlungen.

In der vorgestrigen Versammlung des Wahlvereins für den 4. Berliner Wahlkreis referirte Genosse J. L. T. unter lebhaftem Beifall der Versammlung über „Antisemitismus und Sozialismus“. Redner weist Eingang seines Referats auf die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses hin, wonach Jeder, der sich zu unserem Programm bekennt, gleichviel, welcher Religionsgemeinschaft, welcher Klasse oder gesellschaftlicher Stellung er angehört, als „Sozialdemokrat“ gilt. Die im Jahre 1878 von Stöcker, in Verbindung mit dem Schneider Grünberg und Nonferon, ins Leben gerufene, von Bismarck begünstigte Antisemiten-Bewegung sollte die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie abwendig machen, was im Schatten des Ausnahmengesetzes möglich zu sein schien. Die Arbeiter aber ließen sich nicht täuschen; sie wissen, daß sie vom jüdischen und christlichen Kapital gleichermaßen ausgebeutet werden. Daher kann auch das Bestreben der Konserativen, unter Verneinung des Antisemitismus Stimmen für sich zu fangen, bei den Arbeitern keinen Erfolg haben; ebenso wenig wird der Sieg des Sozialismus durch das Kollektiven der Regierung mit dem Antisemitismus aufgehalten werden. Als eine der Hauptstützen ihrer Agitation gelte den Antisemiten der Talmud, jenes jüdisch-orthodoxe Gesezbuch, von welchem auch Ahlwardt Uebersetzungen in Hunderttausenden von Exemplaren verbreiten ließ. Da eine allgemeine Kenntniß des Talmuds nicht vorhanden ist, würde es den Antisemiten um so leichter, durch Veröffentlichung von Bruchstücken aus demselben den Leuten weis zu machen, daß die jüdische Moral eine verwerfliche sei. Wer aber den Talmud lenne, müsse zugeben, daß die Moral desselben eine weit höhere ist als die der Herren Antisemiten. Nach Allem sei es Pflicht und Ehrensache aller sozialistisch gesinnten Arbeiter, den Antisemitismus jederzeit energisch entgegenzutreten. Hierauf wurden für die am 12. Juli in der Urania stattfindende Generalversammlung des Vereins die Genossen Schröder und Schütz als Kontrolleure gewählt. In dieser Versammlung soll auch die Frage, ob der Verein einen Auszug zu unternehmen gedenkt, erörtert und beschlossen werden.

Der 6. sozialdemokratische Wahlverein führte in seiner Versammlung am 28. Juni die Diskussion zu Ende, welche sich über die Frage der Stellungnahme der Partei zu den Stichwahlen vom 1. Juli in gegnerischen Kandidaten entspannen hatte. Zunächst wählte ein „Unabhängiger“ die bekannten Nebenarten über den Parlamentarismus wieder auf. Hieraus sprach Genosse Griepentrog, welcher für Entscheidung von Fall zu Fall eintrat und die von Lütgenau angeregte Frage im Uebrigen nur in Bezug auf die Berliner Verhältnisse erörtert zu sehen wünschte. Reinhard erinnerte an die wiederholten schändlichen Hintergehungen, welche wir von den Freisinnigen erfahren haben, und erklärte, er müsse es danach Jedem verdenken, der noch einmal für diese Leute stimmen würde. Willarg führte den Fall

Müllerstein an und sagte dar, daß nach dem bisherigen Verhalten der bürgerlichen Parteien es falsch wäre, für dieselben zu stimmen. Dornbusch meinte, den Freisinnigen geschähe viel zu viel Ehre, wenn die Parteigenossen sich jetzt schon den Kopf darüber zerbrächen, ob sie bei einer Wahl eventuell für den freisinnigen Kandidaten stimmen wollten. Triflowski gab zu bedenken, daß die Freisinnigen nur so lange Opposition machen, als sie in der Minorität sind; verhalten wir ihnen zu einer Majorität im Reichstage, so würden sie dort genau so wie jetzt im Rothern Hause und anderen Stadtverordneten-Versammlungen verfahren. Er sei für die Resolution Marten; die Stichwahlen, an denen wir nicht theilhaftig wären, würden übrigens immer seltener. Näher erklärte: Wer behauptet, wir schädeten uns, wenn wir an den in Rede stehenden Stichwahlen uns nicht theilhaftig, der erwarte wirklich Alles vom Parlamentarismus. Gieschot: Da das Kleinbürgerthum durch Einführung des Achtstundentages vernichtet werde, so könne keine bürgerliche Partei für denselben stimmen. Er sei für die Resolution Marten. Auch Koopmann erklärte sich für diese. Ein „Unabhängiger“ referirte hierauf die Versammlung mit der naiven Prophezeiung, daß die Sozialdemokraten durch den Parlamentarismus in den „Sumpf“ kommen würden. Kahl-Reinickendorf erklärte, durch Annahme der Resolution Marten werde die Agitation auf dem Lande ungemein erschwert. Jakob empfahl energischen Protest gegen die im 5. Wahlkreise angenommene Resolution. Die beiden Referenten — Lütgenau und Bogtherr — erhielten hierauf das Schlusswort und wiederholten das Wesentlichste ihrer früheren Ausführungen. Lütgenau meinte noch, wenn seine Resolution abgelehnt werde, so würde den Vortheil die freisinnige Partei haben, die bisher unsere Unterstützung umsonst erhielt, während sie nach seiner Resolution bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen hätte. Bogtherr betonte, daß er die Partei weder für Theilhaftigkeit, noch für Nichttheilhaftigkeit gebunden wissen wolle. Vor der Abstimmung wurde das in voriger Versammlung zur Resolution Bogtherr gestellte Amendement zurückgezogen. Die Versammlung nahm dann mit großer Majorität gegen 18 Stimmen die Resolution Marten an, die zuerst zur Abstimmung gelangte und folgendermaßen lautet:

„In Erwägung, daß die Verhärtung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirken, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von allen Parteien immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien zurück und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen, wo sich zwei bürgerliche Kandidaten gegenübersehen, strenge Wahlenthaltung.“

Damit sind die anderen Resolutionen gefallen. Die Verhandlung über die weiteren Punkte der Tagesordnung wurde vertagt und darauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Mitgetheilt sei noch, daß vom Vergangenen am letzten Sonntag im Jägerhaus die Gewinne Nr. 88, 186, 193 und 221 bei Koopmann, Wollinerstraße 69 II, abzuholen sind.

Eine öffentliche Bäcker-Versammlung tagte am 28. Juni, Nachmittags, in Jost's Festsaal, um, wie die Tagesordnung besagte, die Lage und Mißstände der Arbeiter in der Genossenschaftsbäckerei zu besprechen. Zunächst wurden die anwesenden Berichterstatter auf Anregung des Herrn Caspar ersucht, einen objektiven Bericht zu bringen; das letzte Mal sei das nicht der Fall gewesen. Der Vertreter des „Vorwärts“ protestirte, so weit es den Bericht des „Vorwärts“ betrifft, hiergegen. Die öffentliche Versammlung sagte hiernach erst einen Beschluß darüber, ob die Berichterstatter der Versammlung beizuhören dürften; der Beschluß fiel bejahend aus. Herr Spielermann beantragte, die Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes zu vertagen, bis der neugewählte Aufsichtsrath, der sich bereits mit dieser Angelegenheit befaßt habe, mit seiner Untersuchung fertig sei. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion abgelehnt. Herr Most theilte dann mit, was für Abmachungen die Organisation der Bäcker mit der Bäcker-Genossenschaft bei Gründung derselben getroffen habe. Demnach war abgemacht, daß die Arbeitszeit in der Genossenschaftsbäckerei höchstens 12 Stunden dauern solle, daß mindestens vierzehntägige Kündigungsfrist eingehalten werden, aber bis zur ersten Lohnzahlung tägliche Kündigung zulässig sein sollte; ebenso sei Sonntagruhe und Pflanzung des Frühstücksbrot abgemacht, sowie bestimmt gewesen, daß die in der Arbeiterbewegung thätigen Kollegen von der Arbeit befreit werden sollten, wenn sie an einer Versammlung Theil nehmen müßten. Der neue Aufsichtsrath soll nun den Geschäftsführer ermächtigt haben, daß er täglich Arbeiter entlassen könne. Die Sonntagruhe werde nicht eingehalten; der Vorstand motivirte das damit, daß ein Bedürfnis dazu vorliege, daß Sonntags gearbeitet werde. Das sei thaurig für die ganze Bäckerbewegung. Die Bäcker streben danach, für alle Bäckerbetriebe die Sonntagruhe einzuführen. Wenn sie nun mit dieser Forderung an die Privatbäckermeister herantraten, so würden diese einfach sagen: „Die Arbeiter in Eurer eigenen Genossenschaft baden ja Sonntag.“ Das ganze Vorgehen der Bäcker werde dadurch gelähmt. Diese Zustände hätten die Bäcker schon im Wädmischen Brauhaus darlegen wollen, seien dort aber nicht zu Worte gekommen, deshalb hätten sie diese Versammlung einberufen. Es seien auch nur 19 der in der Genossenschaft beschäftigten Bäcker von dem Arbeitsnachweise der Organisation geholt, 11 seien anderweitig angenommen. Herr G. n. d. t. verweist darauf, daß Einführung des Achtstundentages nicht möglich ist, so lange die Kontraktanten mit 16- und 18stündiger Arbeitszeit arbeiten. Herr Rosser betont, die Bäcker hätten erwartet, daß die Berliner Arbeiter durch die Genossenschaftsorganisation ihnen helfen wollten. Was das schlechte Brot betreffe, so müsse jeder Fachmann zugeben, daß in dem hintersten Ofen in der Müllerstraße ein gutes Brot nicht gebacken werden könne. Solch eine Bäckerei hätte man nicht wählen sollen. Der von Zubeil empfohlene Kollege, der seit sechs Jahren nicht gebacken habe, sei ihm, dem Redner, und den übrigen Angehörigen der Bäckerorganisation gar nicht bekannt gewesen. Herr Pfeiffer nennt gleichfalls den Ofen in der Müllerstraße schlecht. In der Brunnenstraße werde gutes Brot gebacken, dort sei auch der Ofen gut. Redner fährt dann zwei Kollegen an, bei denen es vorgekommen, daß sie 24 Stunden hinter einander hätten arbeiten müssen, hält des Weiteren seine früher vorgebrachten Beschwerden aufrecht und erklärt, Caspar, der auch ihn unwürdig behandelt hätte, habe bereits manifestirt, sei wegen Nahrungsmittel-Verschöpfung verurtheilt und habe einen zweiten solchen Prozeß zu gewärtigen. Bei diesen Worten entrecht große Unruhe in der Versammlung, doch läßt man auf Zureden des Herrn Zubeil Herrn Pfeiffer ausreden. Derselbe erwähnt noch einer Insulte, die Herr Caspar gegen ihn gerichtet habe, und forderte schließlich auf, die Herren Caspar und Lazarus ihres Amtes zu entheben. Herr Schlüter meint, daß die Genossenschaft zum Schutze der Organisation gegründet worden sei, und macht Herrn Caspar die Maßregelung des Kollegen Scholz zum Vorwurf. Daß der Ofen in der Müllerstraße nicht so funktionirte, wie er sollte, ist auch Redners Ansicht. Herr Schlüter erwähnt ferner, daß der Werkmeister von Herrn Caspar eines Tages gedrängt worden sei, eine bestimmte Zahl Brote am nächsten Tage zu liefern. Da die Zahl zu groß war, seien sämtliche Brote damals schlecht gerathen; die Schuld tröffe Herrn Caspar. Herr Milde macht auf einige falsche Dispositionen aufmerksam, die Nachtheile für die Genossenschaft mit sich gebracht hätten. Das schlechte Brot hätten die organisierten Arbeiter nicht geliefert, sondern die anderweit empfohlenen. Redner legt auch dafür, daß der Genossenschaftsvorstand sein Amt niederlege. Weiter wirft er Herrn Zubeil vor, daß derselbe aus Dankbarkeit für Herrn Bamberger — weil dieser ihm sein Schanklokal eingerichtet habe — dafür eintrat, daß der Müllerbäcker

Sachmann, der ein Verwandter Bambergers sein sollte, die Mehllieferungen erhielt. Herr Traubold, das frühere vorstehende Mitglied des Ausschusses, bemerkt, daß ihm von Bäckern, nach die Genossenschaftsbäckerei der Bäckervereinigung wegen gegründet wäre, nichts bekannt sei. Er wisse nur, daß gemessene Genossen vor allen Dingen berücksichtigt werden sollten. Herr Jubel habe den Fehler begangen, daß er, ehe er über Zustände in der Genossenschaftsbäckerei sprach, nur die eine Partei und nicht auch die andere gebürt habe. Wenn die Bäder merkten, daß das Material nichts taugte, so hätten dieselben davon sofort dem Vorstand Mitteilung machen sollen, und half das nichts, so hätten sie sich an den Ausschuss wenden müssen; hätte das auch nichts gebracht, so hätten sie selbst eine Generalversammlung der Genossenschaft einberufen sollen, wozu sie ja das Recht hätten. Herr Lazarus verwahrt sich gegen einige Vorwürfe, die ihm treffen sollten, und erklärt, daß er mit der Abfertigung der Kutscher nichts zu thun habe, also auch nicht für Manfos, die bei derselben entstehen, verantwortlich gemacht werden könne. Herr Caspar führt aus, in der Genossenschaftsbäckerei sei eine zwölfstündige Arbeitsruhe durchgeföhrt. Der Sonntag arbeite, erhalte für die Woche nicht bloß 27 Mark, sondern 31,50 Mark, während Privatbäckermeister ihren Arbeitern den Sonntag nicht bezahlten. Nicht die Bäder, sondern die Arbeiterschaft Berlins hätte die Bäckergenossenschaft gegründet, denn in der Versammlung vom 16. Februar seien 16 Bäder und 121 Personen anderer Berufs zugegen gewesen. Was das schlechte Mehl anlangt, so sei es selbstverständlich, daß bei großen Mengen Mehl dasjenige, welches unten liegt, schlechter sei als das weiter oben befindliche. Die erwhänten falschen Dispositionen habe er auf Angaben der Werkmänner hin getroffen. Die Beispiele inhumaner Behandlung seien darauf zurückzuführen, daß er nicht habe eine ganze Fuhre Mehl verregnen lassen wollen. Die Angriffe Pfeiffers seien unter seiner Würde. Herr Pfeiffer habe nicht, wie er angegeben, gemessert werden sollen, sondern sei nur aufgefordert, endlich einmal sein Manko von 140 M. zu decken. Herr Pfeiffer habe schon, als es sich vor drei Jahren einmal um die Gründung einer Bäckerei-Genossenschaft gehandelt, von dem Mehlhändler 2000 M. leihen wollen. Herr Jubel erklärt, daß er sich nicht aus eigenem Antriebe um die Zustände in der Genossenschaftsbäckerei bekümmert habe, sondern dazu vom Vorsitzenden des Ausschusses aufgefordert worden sei. Redner berichtet eine von Herrn Wilde aufgetragene Erzählung über Dienste, die angeblich Herr Bamberg, der ein Verwandter oder Freund des Mehlhändlers Herrn Sachmann sein sollte, Herrn Jubel geleistet habe und weist nach, daß die ganzen bezüglichen Angaben Wilde's erdichtet waren. Redner weist des Weiteren die Vorwürfe, welche bezüglich des auf seine Empfehlung eingehenden Bäckers erhoben worden sind, in derselben Weise wie früher als unzutreffend zurück. Ferner fragt Jubel die Bäder der Genossenschaftsbäckerei, ob sie verantwortlich könnten, daß in einer Bäckerei von der Wage die Junge abgedreht sei, so daß nicht mehr gewogen werden könne. Von einem und demselben Mehl, welches in einer Bäckerei als zu schlecht zum Backen erklärt worden sei, hätten in anderen die Werkmänner gesagt, sie wollten gar kein anderes Mehl haben, als solches. Von der Bäckerei in der Müllerstraße sei ihm gesagt worden, die Tagbäder würden stets ein gutes Brot backen, die Nachbäder aber nicht, das liege an der dort herrschenden Wirtschaft. Am Freitag voriger Woche sei bei ihm Brot aus der Müllerstraße aufgeschnitten worden, das völlig unbrauchbar gewesen wäre. Redner würdigt dann das Vorgehen des Herrn Pfeiffer, der jetzt erkläre, Herr Caspar habe manifestiert, der aber, als er Wochen lang im Ausschuss gefessen, davon Nichts gesagt habe. Herr Jubel beleuchtet des Weiteren die zu Tage tretende Antipathie Pfeiffers, verweist die Bäder mit ihren Klagen über inhumane Behandlung an den Ausschuss und tadelt diejenigen Bäder, welche sich zu einer 24stündigen Arbeit, die sie hätten verweigern müssen, zwingen ließen. Was das Defizit betreffe, so arbeite die Genossenschaft nicht mit Defizit, wohl aber hätten verschiedene Herren Schulden bei ihr zu decken. Redner schließt, wie schon einige der ersten Redner es gethan, mit der Aufforderung, dem neuen Ausschuss Bericht zu bringen, und dessen Vorschläge in der binnen Kurzem bevorstehenden Generalversammlung abzuwarten. Herr Kallein meint, der Djen in dem von ihm übernommenen Lokale in der Müllerstraße sei gut, er werde nur nicht gut genug behandelt; Herr Kreisler bemerkt, daß vorausgesetzt war, daß jeder Nichtsachmann sich erlauben werde, über die Arbeit der Bäder zu urtheilen. Ein Genosse, der eine Brotmiederlage hat, hält dem entgegen, daß die Bäder, die täglich mit den Kunden in Berührung kämen, am besten in der Lage seien, über das Brot zu urtheilen; nun sei es richtig, daß unter den Broten, die er erhalte, das in der Nacht gebackene zumeist schlecht sei. Herr M. O. betont, daß die Bäder in der Genossenschaft auf vollständige Sonntagsruhe nicht verzichtet hätten. Wenn Herr Jubel gesagt habe, daß die Tageslicht besser bade als die Nachtschicht, so sei zu bedenken, daß die Kollegen mit den Schichten wechseln, daß es also ein und dieselben Kollegen sind, welche Tags und welche Nachts boden. Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen hatten, bemerkte der Bäder Wilde, daß seine Verdächtigungen gegen Jubel und

Bamberg von einem Reporter stammten, dessen Namen er aber nicht nennen könne, weil dieser besähe, sonst gemessert zu werden. Aus der Versammlung wurde alsdann der Name Wiesländer gerufen und nun bestätigte Wilde, daß der Ueberbringer jener Verdächtigungen in der That Herr Wiesländer sei. Bamberg erwiderte, daß jene Mittheilungen Wiesländer's eben so verlogen seien, wie diejenige, daß Wiesländer gemessert werden könnte. „Kreuz-Ztg.“, „Post“ u. s. w. für welche gemessene Blätter Herr Wiesländer Berichte lieferte, würden denselben begreiflicher Weise niemals wegen Verleumdungen messeregeln, die gegen Sozialdemokraten gerichtet sind. Den Schluß der Verhandlungen bildete, wie schon gestern erwähnt, die Annahme einer an den Ausschuss gerichteten Resolution, wonach bei Einstellung von Bäckergesellen nur diejenigen zu berücksichtigen sind, welche dem Verbands der Bäckergesellen angehören und von diesem empfohlen werden.

Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckgewerbe beschästigten Arbeiter. Heute, Abends 8 Uhr, im Restaurant Treber, Seydelstraße 20: General-Versammlung. Heftige Streitfrage. Neumahl des Vorstandes. **Zentralverband deutscher Sozialisten, Pfaffenrichter und Genossenschaftler.** Sothaleverein Berlin. Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 14 par. **Freien rheinischer Schüler der 111. Gemeindeschule.** Heute, Abends 9 Uhr, bei Wolf, Woblerstr. 21: Sitzung mit Tages.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgebung. Donnerstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Bomber, Wilhelmstr. 10.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr: 104. Schul-Schule: Sozialbürger, 20; Unterricht im Rechnen; Sadon-Schule, Reichensbergerstr. 133; Unterricht in Geschichte (alt); Oh-Schule, Wartenstr. 21; Unterricht im Rechnen; Nord-Schule, Woblerstr. 179; Unterricht in Deutsch (mittlere) und Chemie. In alle Lehrfächer, mit Ausnahme der Mathematik und Buchführung, können auch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Leser u. Dichterklub. Donnerstag, diegenen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schröder, Woblerstr. 21. — Neue Zeit, Abends 8 1/2 Uhr, Woblerstr. 49, bei Gredt. — Süd-Ost, bei Tollhoff, Sonnener- und Grottenstr. 66. — Der Weg, Abends 8 1/2 Uhr, Reichensbergerstr. 44. — Gede Kaufstr. 26, bei Schaper. — Aug. Seib, Donnerstag bei Jubel, Rannstr. 26, Abends 8 1/2 Uhr. — Gafencloster, Abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Dösch, Baumhauweg Trepton.

Arbeiter-Sängerklub Berlin und Umgebung. Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Wannenstraße 9, bei Wop. — Unverzagt, Köpenickerstraße 177a, bei Müller. — Kornblume, Blumenstraße 54, bei Wop. — Frühling, Finkenstraße 5, bei Wop. — Wogelweiser, Annenstr. 16, bei Wop. — Weiße Rose, Reinickendorfer, Woblerstr. 101, bei Garab. — Wogelweiser, 2, Nimmelsdorf, Woblerstr. 2, bei Pfeiffer. — Fortschritt, Wilmersdorf, Berliner u. Auguststr. Ecke bei Schulz. — Gode, Wartenstraße 42, bei Wop. — Gode, Wartenstraße 42, bei Wop. — Zukunft, 3, Steglitz, Karlsruher Str. 10, bei Wop. — Zukunft, 3, Steglitz, Karlsruher Str. 10, bei Wop. — Zukunft, 3, Steglitz, Karlsruher Str. 10, bei Wop. — Zukunft, 3, Steglitz, Karlsruher Str. 10, bei Wop.

Verein der gefelligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Die Aufschriften den Bund betreffend sind zu richten an: Max Gens, Berlin N., Poststr. 12. **Donnerstag:** Gefelliger Verein Frei und Kämpf bei Wop. — Crantzenstr. 122. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine. Donnerstag, Männer-Gesangverein Al.-Lessa, Abends 8 1/2 Uhr, bei H. Mann, Köpenickerstraße 42. — Gesangsabteilung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Friedrichshagen und Umgebung, Donnerstag und Sonnabends Abends 8 1/2 Uhr bei Wop. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122.

Turnvereine. Gymnastischer Club von 10 Uhr, in der Zandstraße, Woblerstr. 21. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122. — Arbeiter-Sängerklub bei Wop. — Crantzenstr. 122.

Vermisches.

Mord im Irren. Im städtischen Krankenhaus zu Meißen erwürgte ein Irrenwürger, der leider nicht isolirt war, einen lungenleidenden Lehrling.

Todesurtheil. Das Lande- u. Schwurgericht verurtheilte die neunzehnjährige Kindesmörderin Steen aus Estin zum Tode!

Zur Herstellung von Arbeiterwohnungen vermacht in Kassel, wie der „Post“ gemeldet wird, der verlorbene Weibindermeister Wimmel der Stadterwaltung sein ganzes Vermögen im Betrage von einer halben Million.

In Darmen ist die Eigen-, Spitzen- und Kordelfabrik der Kommanditgesellschaft D. Höllen u. Sohn niedergebrannt. Der Schaden wird auf 200 000 M. geschätzt. Wie der Brand entstanden, ist noch unbekannt. Gegen 100 Arbeiter sind beschäftigungslos.

In Stettin brach am Dienstag Abend auf der West- u. Hollberg in einem Gebäude Feuer aus, in welchem sich der Schnurboaden befindet. Da das Gebäude isolirt stand, wurde der Brand nach einigen Stunden gelöscht, nachdem das Gebäude zur Hälfte vom Feuer verzehrt war.

Von einer größeren Feuersbrunst wurde das Städtchen Altmannshausen bei Witten beimgesucht. Das Feuer entstand aus bis jetzt noch unbekannter Ursache in der Nähe des alten Bahnhofes, verbreitete sich mit Blitzesschnelle zu beiden Seiten des Bahnhofs und legte 7 Gebäude in Asche.

Herabfallendes Gestein tödtete am Sonnabend auf der Speiser Grube (Saarrevier) den Bergmann Rüffing, auf der Grube Feinich den Bergmann Urbaun aus Narpringen und auf der Grube Gerhard einen Bergmann aus Neimtsbach.

Neuer Jugendbildner. Die Liegnitzer Strafkammer verurtheilte den Bedr. G. aus Bunzlau zu 4 Jahren Gefängnis. Er hatte ein 10jähriges Schulmädchen in der falschen Annahme, es habe seine eigene siebenjährige Tochter auf dem Schulhof umgerannt, derartig mit den Füssen am Kopfe bearbeitet, daß das Kind einer Irrenanstalt übergeben werden mußte.

In Wicherleben hat der Handelsmann Helmdag die bei ihm wohnende geschiedene Ehefrau Horst, eine selbstberthigte Person, die früher ein Lokal mit Damendienung hielt und Nilasch zu einem weitbekannteren Skandalprojekt gab, ermordet. Dann ging Helmdag auf den Boden und erhängte sich. In einem Briefe hat er seinen Angehörigen geschrieben, daß er durch die Schuld der Frau F. immer mehr in Geldverlegenheiten gekommen sei und seinen anderen Lebensweg gewünscht habe.

Brückeneinsturz. Beim Bau einer Brücke über den Leven bei Lele in Schottland brach ein Theil des Bauwerks plötzlich zusammen, infolge dessen fünf Arbeiter von den Plätzen mitgerissen wurden und ertranken.

Charlottenburg.
Wallstr. 46, Brauerei Gambrius, Bismarckstr. 23,
empfehltes helles Lagerbier (Gambriusbräu) und dunkles Versandbier (Gambriusverwandt). 2628L.

Bierverlag. 2615L.
Wir empfehlen hierdurch unsere vorzüglichsten, vermittelst neuester Maschinen und durch Kohlensäure abgezogenen Biere, wie nachstehend (durch Wogen frei Haus): 30 Fl. Lagerbier ^{1/10} 3 M., 30 Fl. Franziskaner ^{1/10} 3 M., 30 Fl. Pilsenerbier ^{1/10} 3 M., 30 Fl. Exportbier ^{1/10} 3 M., 30 Fl. Münchener Union ^{1/10} 3 M. Werkstätten, Vereine u. haben größeren Rabatt. Hochachtungsvoll Rott & Zschack, W. Nollendorferstr. 23. Telephon: Amt 8 Nr. 2978.

Marheinekeplatz 48 Allen Genossen bringe meine Wurst- u. Fleischwaaren-Handlung in freundl. Erinnerung. Wein Prinzip: Gute Waare u. streng roolle Bedienung. Wilh. Arndt.

Künstliche Zähne. Zahnziehen, Plombiren etc. O. Arendt, Andreasstr. 60 (Eing. Al. Andreasstr. [2199]).

Möbel- und Ausstattungs-Magazin von J. Adler, Oranienstraße 47. Auch Theilzahlung gestattet. [25 09].

Steppdecken!! größte Auswahl!! am billigsten in Emil Lefèvre's Fabrik, Berlin, Oranienstr. 158. [1830L].
1 Posten Schlafdecken mit kleinen reinen Plüschdecken
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Näher. Preisliste gratis u. franko.

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins, Andreasstr. 23. S. P.

Heute Morgen 9 Uhr entfiel nach kurzem Krankenlager unsere liebe, gute Mutter, Frau Rosalie Franck, geb. Voewe, im Alter von 73 Jahren. Die Beerdigung findet am Freitag, 1. Juli, 11 Uhr, in Weihensee statt. Berlin, 28. Juni 1892. 841b
G. Franck und Frau.

Für die unerwartete große Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes
Wilhelm Schielke
sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten und besonders dem Verein Pfeifenklub Gemüthlichkeit meinen allerinnigsten Dank. 838b
Marie Schielke.

Das größte Brot liefert die Bäckerei 674b
L. Schröder,
Falkenfeinstr. 10 alt, Nr. 20 neu.

Pianino's 711b
gegen Kasse zu kaufen gesucht. Offerten u. M. L. 18, Postamt Wallnertheaterstr.

Polir- u. Puhlappen für die gesammte Industrie liefert die Engros-Handlung v. G. Riecke, Rübenerstr. 5.
Bierlokal m. gr. Keller, a. J. Schlacht, pass., sof. z. W. Weidenweg 101, Rühnel.

Restauration sofort zu verlaufen. Näheres bei O. Pieschel, Kottbusser Damm 6.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich u. unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L]

Achtung!
Parteiengenossen, deren Frauen, Töchter oder sonstige Anverwandte oder Bekannte in der Blumen-, Pufffeder- oder Perilbranche thätig sind und welche gewillt sind, für die Agitation in diesen Branchen einzutreten. Verbreitung von Flugblättern, werden er sucht, wenn möglich mit Angabe des in Betracht kommenden Geschäfts, ihre Adressen einzusenden an Wilhelm Jäger, Rixdorf, Hermannstraße 34. 87/3 Die Kommission.

Zengengeduld.
Der junge Mann, welcher in der Nacht vom 1. zum 2. April d. J. vor der Markthalle (Pufffederstraße) Augenzeuge der Schlägerei war, wird gebeten, seine Adresse an Max Münster, Köpenickerstr. 173, abzugeben. 842b

Schlafstelle Dresdenstr. 134, IV. bei Merkel. 691b
Grünauerstr. 27 Stube und Küche fogleich zu bez., auch zum 1. Okt. 1892.
Freundliche Schlafstelle für Herren Alexandrinenstr. 79, Hof 1. I Trepp. Wittwe Müller. 897b
Freil. Schlafst. f. 2 H. z. 1. Juli zu verm. Bauherstr. 41, v. 1 Tr., bei Wittwe Pich. 899b
Möbl. Schlafst. f. D. Kottbusserstr. 1, v. 4 Tr., Aussicht Kottbusserplatz. [844b
Möbl. Zimmer, 11 M., Alte Schönhauserstraße 14/15, Hof I. 64/5
Möbl. Schlafst. f. 2 H., sep. Eing., Waldemarstr. 28, nahe am Oranienplatz, bei Wolf. 844b

Tüchtige Weißbier-Trinker können sich melden bei Vater Jahr, Fossenerstraße 6. 651b

Stahre u. Schlag. Wachteln 1,25 M., alle Arten billig. Lunden, Vogel-, Thierhandlung, Berlin, Schles. Bahn, Stralauer Platz 21. Nischenstraße 10 M., Dohlen, Haden, 100 weiße Mäuse u. Meerfische werden gekauft.

Ein febl. Vorder-Zimmer, möbl. od. als Schlafstelle f. 1 od. 2 Herren zu verm. Näheres Reichensbergerstraße 167 (am Kottbusserplatz), vorn 3 Tr. bei Neuber.

Schlafst. f. D. Fürststr. 9, Cu. I Tr. L.

Arbeitsmarkt.
lehrling verlangt G. Superczynski, Zahnkünstler, Invalidenstraße 105, 2 Tr. 20422
Einige tüchtige 639M.
Ornamenten-Klempner und ein erfahrener
Stanzer
finden sofort dauernde Stelle in einer Zink-Ornamenten-Fabrik. Bei tüchtiger Leistung wird Reise vergütet. Offerten sub. G. 8884 an Rudolf Mosso, Frankfurt a. M.

Einem Wäglar auf Jaquets vert. sof. S. Tornow, Forststr. 41, v. 4 Tr.

Tücht. Dirigent f. Dienstag oder Mittwoch sucht A.-G.-B. Näh. bei H. Jacob, Kottbusser Damm 30. Gehaltsansprüche erbeten. 840b